

Neue Synagoge Bamberg mit Gemeindezentrum



Umbau und Sanierung der ehemaligen
Nähseidenfabrik Kupfer, Hesslein & Co.

Stadtsanierung



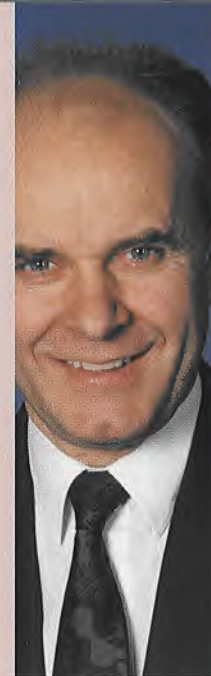
Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Einweihung der Neuen Synagoge mit Gemeindezentrum am 1. Juni 2005 hat die jüdische Gemeinschaft in Bamberg nach fast 60-jährigem Provisorium wieder eine würdige Heimstätte gefunden, die auch in städteplanerischer und architektonischer Hinsicht eine Bereicherung unseres Weltkulturerbes Bamberg ist. Somit wurde der Kontinuität jüdischen Lebens in Bamberg, das auf eine fast 1000-jährige Geschichte zurückblickt, eine neue Zukunft gegeben. Wir beginnen daher nicht mit einer neuen Synagoge und einer neuen Gemeinde. Es wäre aber auch vermessen zu behaupten, wir knüpfen da an, wo die jüdische Gemeinde einst jäh beendet wurde. Allenfalls können wir sagen, dass wir ein räumliches Provisorium beendet und eine Infrastruktur geschaffen haben, die würdiges jüdisches Leben auch in Bamberg wieder ermöglicht. Gewaltige Herausforderungen sind hierbei aber noch zu bewältigen. Es geht um die schwierige Integration unserer Neumitglieder aus der ehemaligen Sowjetunion, um zeitgemäße Antworten für die immer mehr auftretende Pluralität im Judentum, sich in einer immer säkulareren Welt als jüdische Gemeinschaft zu behaupten und nicht zuletzt darum, gemeinsam mit allen Religionsgemeinschaften und gesellschaftlichen Gruppierungen dem religiösen Fundamentalismus entschieden entgegen zu treten. Bei der Einweihung der 5. Bamberger Synagoge am 11. September 1910 sprach der damalige Bamberger

Rabbiner Dr. Adolf Eckstein folgende Worte: „Glücklich die Generationen, die auf eine friedliche Zukunft blicken dürfen.“ Bei gleicher Feier schloss die Ansprache des Gemeindevorstandes Dr. Josef Werner mit den Worten: „Nun ist das Gotteshaus vollendet, mit dessen Erbauung die Israelitische Kultusgemeinde sich für ewige Zeiten ein ehrenvolles Denkmal gesetzt hat.“ Er ahnte nicht, das nur 28 Jahre später die Zerstörung der Synagoge durch Brandschatzung vom damaligen Oberbürgermeister der Stadt Bamberg befohlen wurde. 95 Jahre später eröffnete die jüdische Gemeinde Bamberg durch einen Festakt wieder eine Synagoge. Wie damals hoffen wir auch heute auf eine friedliche Zukunft und wenn ich auch nicht das Wort von einem Denkmal „auf ewige Zeiten“ aussprechen möchte, so glaube ich fest an ein Jahrhundertprojekt für das jüdische Leben in Bamberg. Wir haben dieses Gemeindezentrum in Vertrauen auf eine Zukunft in Bamberg und in Vertrauen auf eine Zukunft der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland gebaut. Wir sind hier angekommen und wir wollen hier bleiben. Wir wollen integraler Bestandteil der Stadt werden und uns in vielfältiger Weise einbringen. Inwiefern uns dies gelingen wird, hängt allerdings nicht nur von der jüdischen Gemeinschaft ab, sondern insbesondere davon, inwieweit wir die Bereitschaft unserer Bamberger Mitbürger vorfinden als Juden in Deutschland – oder vielleicht als deutsche Juden hier leben zu können.

Heinrich C. Olmer

1. Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Zerstörung der erst 1910 eingeweihten prächtigen Synagoge am 9. November 1938 und die anschließende fast vollständige Vernichtung der Bamberger jüdischen Gemeinde durch die Nazis gehören zu den überaus dunklen Kapiteln unserer Bamberger Geschichte. Nach dem zweiten Weltkrieg genügte für die wenigen in Bamberg verbliebenen Juden ein kleiner Betsaal. Das Ende der 1000-jährigen Geschichte der jüdischen Gemeinde in Bamberg war absehbar.

Seit der politischen Wende in Osteuropa ist aber die Gemeinde vor allem durch den Zuzug von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion wieder auf über 900 Mitglieder angewachsen. Die räumliche Situation sollte, ja musste daher, deutlich verbessert werden.

Als Oberbürgermeister habe ich es gemeinsam mit dem Stadtrat aufgrund dieser Entwicklung und der Geschichte als Auftrag und Verpflichtung auch der Stadt Bamberg gesehen, die jüdische Gemeinde beim Bau einer neuen Synagoge mit Gemeindezentrum in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Mit dem Ausbau und der Sanierung der seit Jahrzehnten leerstehenden ehemaligen jüdischen Nähseidenfabrik Kupfer, Hesslein & Co. konnte eine geradezu ideale Lösung gefunden werden. Zum einen war es damit möglich, die notwendigen Zuschüsse für dieses 3-Millionen-Bauwerk aus verschiedenen Fördertöpfen zu erhalten und zum anderen war es damit möglich, mitten im Weltkul-

turerbe Bamberg ein jüdisches Baudenkmal zu erhalten und ein wichtiges Stück Stadtsanierung durchzuführen. Mit der Eröffnung der neuen Bamberger Synagoge mit Gemeindezentrum wird ein neues Kapitel in der 1000-jährigen jüdischen Geschichte Bambergs aufgeschlagen. Dies ist ein Zeichen des Vertrauens der jüdischen Gemeinde in eine gute Zukunft und ein Beweis des Willens aller zu einem guten Miteinander in Stadt und Region. Die Realisierung dieses Vorhabens ist auch ein Beleg dafür, dass selbst in finanziell schwierigen Zeiten mit Mut, Kreativität, Realismus und großem Engagement vieles zu bewegen ist.

Dank gilt daher allen, die dieses Projekt finanziell und ideell unterstützt und deutlich gemacht haben, dass es in Bamberg nicht bei reinen Mahn- und Gedenkworten bleibt, sondern konkret etwas dafür getan wird, dass die jüdische Gemeinde wieder eine Zukunft hat.

Besonderer Dank gilt Herrn Vorsitzenden Heinrich Olmer als treibende Kraft, Herrn Regierungspräsidenten Hans Angerer, der bei der Finanzierung maßgeblich mitgeholfen hat, und nicht zuletzt allen Mitgliedern des Kuratoriums für die wirkungsvolle Unterstützung.

Es ist mein Wunsch, dass die neue Synagoge mit Gemeindezentrum zur Stärkung des jüdischen Gemeindelebens in Bamberg beiträgt und die neuen Räume auch zu einem Ort der Begegnung und des friedlichen Miteinanders aller Bürgerinnen und Bürger werden.

Herbert Lauer

Oberbürgermeister und Vorsitzender des Kuratoriums Neue Synagoge Bamberg



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die jüdische Gemeinde in Bamberg kann auf eine tausendjährige Geschichte zurückblicken. Sie ist die älteste Gemeinde Oberfrankens und eine der ältesten Gemeinden Deutschlands. Mit ca. 900 Mitgliedern ist sie auch die größte jüdische Gemeinde in Oberfranken. Der Alltag und das religiöse Leben ihrer Mitglieder sind ein Teil der Stadt Bamberg. Am 1. Juni 2005 wurde die neue Bamberger Synagoge eingeweiht und das jüdische Gemeindezentrum der Öffentlichkeit übergeben. In der alten Nähseidenfabrik entstand eine Stätte des Gottesdienstes, der Kultur, der Begegnung und des Gedenkens, auf die alle an der Entstehung Beteiligten zu Recht stolz sein können: Das neue Gemeindezentrum bietet mit zwei Synagogen, Mikwe, Sukka, Verwaltungstrakt, Gemeindesaal und vielen Räumen für kulturelle, pädagogische und soziale Aktivitäten ausgezeichnete Voraussetzungen für ein lebendiges Miteinander nicht nur innerhalb der jüdischen Gemeinde Bamberg, sondern auch für Kommunikation und Austausch mit allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Sie ist darüber hinaus ein ganz besonderes Symbol gegen das Vergessen der furchtbaren Vergangenheit, die auch Teil der Geschichte der Bamberger Juden ist. Ganz besonders anzuerkennen ist in diesem Zusammenhang das Ziel der Gemeinde,

ein pädagogisches Zentrum als Stätte der Begegnung aller Teile der Bevölkerung, als Ort des Lernens und der Besinnung zu schaffen. Die neue Synagoge mit Gemeindezentrum wird damit unsere Kenntnisse über die deutsche Geschichte fördern und prägen.

Ich danke der Israelitischen Kultusgemeinde mit ihrem Vorsitzenden, Herrn Heinrich Olmer, und allen am Bau der Synagoge Beteiligten herzlich für ihr ideelles und finanzielles Engagement. Ermöglicht wurde das Werk durch die Bündelung beträchtlicher öffentlicher Zuwendungen seitens des Kulturfonds Bayern, des Entschädigungsfonds, der Bayerischen Landesstiftung, der Sparkassenstiftung, der Städtebauförderung sowie der Stadt Bamberg. Als Vorsitzender des Stiftungsrates der Oberfrankenstiftung freut es mich besonders, dass auch Mittel der Oberfrankenstiftung für dieses herausragende Projekt zur Verfügung gestellt werden konnten.

Das neue Ensemble setzt nicht nur einen bedeutsamen städtebaulichen Akzent, sondern ist ein sichtbares Zeichen für den gemeinsamen Willen zum friedlichen und freundschaftlichen Miteinander. Ich bin zuversichtlich, dass jüdisches Leben in Bamberg auf eine gute Zukunft blicken kann, und wünsche dem Zentrum und seinen Besuchern Glück und alles Gute.

Hans Angerer
Regierungspräsident



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Altstadt von Bamberg wurde im Jahr 1993 in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen. Sie stellt ein einzigartiges Beispiel einer nach frühmittelalterlicher Grundstruktur entwickelten mitteleuropäischen Stadt dar. In dem historischen Stadtbild mit seinen zahlreichen Monumentalbauten aus dem 11. bis 18. Jahrhundert bleiben architekturgeschichtliche Momente lebendig, die das gesamte Europa betrafen.

Mit der Sanierung der Nähseidenfabrik zur „Neuen Synagoge mit Gemeindezentrum“ ist ein weiterer Bereich in der historischen Altstadt von Bamberg dauerhaft erhalten worden. Auch wenn die Neue Synagoge nicht im Bereich des Weltkulturerbes der Stadt liegt, sondern nur „nebenan“, so sind die Impulse auf das Weltkulturerbe und auf die Gesamtstadt von großer Bedeutung.

In gemeinschaftlicher Anstrengung von Stadt, Regierung, Freistaat und Bund zusammen mit der israelitischen Kultusgemeinde ist hier ein Stück Gewerbebranche neu gestaltet worden.

Von großer Bedeutung ist die räumliche Nähe der Nördlichen Promenade, die im Bereich der Stadtentwicklung des öffentlichen Raumes ein wichtiger Baustein ist. Hier wird deutlich, dass der öffentliche Raum der Stadt nicht nur ein kostbares Gut wie Straßen und Plätze ist,

sondern auch den Zusammenhang mit einzelnen Nutzungen steigert. Hier wird urbane Qualität, Atmosphäre und Milieu sinnlich und hautnah erlebt.

Dass ein langer Atem notwendig ist, zeigt die Geschichte der alten Nähseidenfabrik deutlich und auch dass es am Engagement der gemeinschaftlichen Anstrengungen aller Beteiligten liegt, es zu einem guten Ergebnis für die Stadt zu bringen.

Nicht nur der stadträumliche Zusammenhang und die Bedeutung der Sanierung im Organismus unserer Stadt soll hier hervorgehoben werden, sondern auch wird hier deutlich gezeigt, wie Sanierung und Neubau in einer Weltkulturerbestadt Hand in Hand gehen. Bei der Synagoge ist nicht versucht worden mit historisierenden Architekturteilen und Elementen auf die bestehende Stadt zu antworten, sondern ganz bewusst ist hier Erhaltung und Neubau eine Synthese eingegangen, die als Ergebnis nur als hervorragend im Sinne des Ortes beschrieben werden kann.

Als Baureferent bleibt mir hier noch, mich bei allen Beteiligten zu bedanken, die zum Erhalt der Stadt beitragen und hier im besonderen zum Zustandekommen dieser beispielhaften Sanierung und Neunutzung im Herzen unserer Stadt.

Ottmar Strauß
Baureferent



Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nach 1945

unter besonderer Berücksichtigung der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg

In den letzten 15 Jahren erfuhr die jüdische Gemeinschaft in Deutschland einen Zuwachs von 30 000 auf 100 000 Mitglieder. Sie entwickelte sich dabei einerseits zur drittgrößten jüdischen Gemeinschaft Europas nach Frankreich an erster, Großbritannien an zweiter Stelle; andererseits zur weltweit am schnellsten wachsenden. Allerdings ist diese Anzahl in Anbetracht der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik verschwindend gering.

Die Gründe hierfür seien nur kurz einleitend genannt. Nur manche der deutschen Juden konnten während des Krieges durch Untertauchen einer Deportation entkommen, indem andere für sie ihr Leben aufs Spiel setzten. Auch jüdische Angehörige von sogenannten „Mischchen“ blieben – anders als dies vielleicht manche Legenden verlauten lassen – zu einem nicht zu vergessenden Teil vor Verfolgung und sogar Ermordung in Vernichtungslagern nicht grundsätzlich verschont. Die Anzahl der Rückkehrer aus dem Exil nach 1945 war allzu gering. Vielmehr wanderte der Großteil der 1945 noch lebenden deutschen Juden in die U.S.A. und – mit der Gründung eines jüdischen Staates im Jahr 1948 – nach Israel aus.

So blieben von ungefähr 200 000 Juden, die nach Kriegsende in den Zonen der drei Westmächte in der Regel auf ihre Visa zur Auswanderung warteten, am Ende noch ein Zehntel in Deutschland zurück. Die meisten unter ihnen waren Juden osteuropäischer Abstammung, insbesondere aus Polen. Sie traten an die Stelle einer noch im Jahr 1933 in Deutschland existierenden jüdischen Gemeinschaft von 500 000 Menschen.

Erleichtert wurde ein Wiederaufbau einer jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nicht gerade durch die Ansicht des Jüdischen Weltkongresses, Juden sollten „nie wieder auf blutbefleckten deutschen Boden ansiedeln“. Ebenso wenig ernüchternd klangen nach dem Krieg die Worte des Sprechers der Holocaust-Überlebenden, Samuel Gringauz. Seine Rede „Adieu Europa“ schloss Gringauz mit den Worten: „Nicht das Straßburger Münster, die Westminster Abbey, Versailles und Florenz steht für die Juden Europas, sondern die Kreuzzüge, die spanische Inquisition, blutige Pogrome in Russland und schließlich Auschwitz.“

Vertreten vom ehemaligen israelischen Staatspräsidenten Ezer Weizmann, war diese Einstellung bis ins Jahr 1996 auch von israelischer Seite her präsent. Auf unverblümte Weise kritisierte Weizmann die Existenz jüdischen Lebens und jüdischer Gemeinden in Deutschland. Doch Vertreter des Zentralrats der Juden in Deutschland, allen voran Ignatz Bubis, wehrten sich gezielt gegen diese Tendenz, ohne jemals die enge Verbundenheit der jüdischen Gemeinschaft Deutschlands mit dem Staat Israel in Frage zu stellen. Dies mag einer der Gründe sein, weshalb sich seit Mitte der 1980er Jahre die Beziehungen zwischen der israelischen und der deutschen jüdischen Gemeinschaft weit ins Positive wenden konnten. Zu dieser Entwicklung, von der in den 1950er Jahren kaum einer zu träumen wagte, trug freilich auch der israelische Staatspräsident Moshe Katzav bei, der auf seinen vergangenen Deutschland-Reisen deutliche Zeichen der Freundschaft mit den in Deutschland lebenden Juden setzte.



Diese Akzeptanz einer neuen jüdischen Gemeinschaft in Deutschland seitens des Staates Israel sei allerdings nicht als bloße diplomatische Verbrüderung zu verstehen. Vielmehr ergab sie sich als eine durch Veränderungen in der Zeitspanne eines halben Jahrhunderts vorbereitete Notwendigkeit. Nachdem sich in den 1950ern ein Zentralrat zur Vertretung von rund 70 jüdischen Gemeinden mit nur wenigen großen Zentren wie Berlin, Frankfurt und München gegründet hatte, wurde der Wiederaufbau des jüdischen Gemeindelebens in den beiden darauffolgenden Jahrzehnten von einer gewissen Konsolidierung geprägt. Jüdische Einwanderer aus dem Ostblock, aus Persien, aber auch aus Israel und Exil-Heimkehrer ermöglichten es, dass die Mitgliederzahl von knapp 30 000 Menschen in den Gemeinden konstant bleiben konnte. Auch die Errichtung neuer Gemeindezentren und jüdischer Schulen deutete vielmehr auf eine Etablierung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland hin als auf eine neue jüdische „Generation der gepackten Koffer“, wie sie noch in den 1960ern aktuell war.

Dennoch: bis Ende der 1980er schien die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nicht länger als nur über wenige Jahrzehnte hinweg Bestand haben zu können. Auch die Israelitische Kultusgemeinde Bamberg hätte nach fast 1000 Jahre dauernder jüdischer Geschichte in dieser Stadt wahrscheinlich noch während der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts ihre Türen schließen müssen. Wahrscheinlich wären auch die größeren Gemeinden einige wenige Jahrzehnte später von einem ganz ähnlichen Schicksal besiegelt gewesen. Bereits jetzt würden ohne diesen Zuzug statt der registrierten 100 000 Juden in Deutschland nur 17 000 gezählt werden.

Einen Umschwung konnte hier erst das weltpolitische Geschehen bewirken. Es war das Ende des Kalten Krieges und der damit verbundene Zerfall der Sowjetunion, der seit 1991 die Situation der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, durch die Ausreiseerlaubnis von Juden

aus der ehemaligen Sowjetunion, die die Situation der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland von Grund auf verändern sollte.

Insbesondere für die kleineren Gemeinden bedeutete die daraus resultierende Zuwanderung eine gewaltige Herausforderung. So hat sich die Bamberger Gemeinde von 35 Personen im Jahre 1989 auf gegenwärtig etwa 900 Personen vergrößert. Verständlicherweise waren und sind nicht alle Neumitglieder nach 70 Jahren Sowjetsozialismus, verbunden mit einem offenen Antisemitismus und einem strikten Verbot religiöser Praxis nun auf Anhieb bereit, das religiöse Angebot in den Gemeinden wahrzunehmen. Es lässt sich nicht von heute auf morgen ein authentischer Zugang zur Religion herstellen, wenn dieser über fast 70 Jahre hinweg von Seiten der Behörden blockiert wurde. Massiv erschwert wird der Integrationsprozess zudem durch gravierende Differenzen bezüglich der Definition des jüdischen Status'. Nach dem sowjetischen Nationalitätenprinzip zählte für den Vermerk in den staatlichen Ausweispapieren nicht die religiöse Definition jüdischer Identität, die auf dem jüdischen Gesetz beruht, der Halacha, nach welcher jeder Jude der ist, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder zum Judentum konvertierte. Jüdische Identität verstand sich stattdessen als eine nationale Zugehörigkeit, die im Gegensatz zum halachischen Gesetz auf der väterlichen Abstammung beruhte und so im Pass vermerkt wurde. Auch im heutigen Russland zählt neben der in den Gemeinden nun wieder hergestellten religiösen Bestimmung nach wie vor die jener entgegengesetzte staatliche Definition jüdischer Identität. Ein dritter maßgebender Aspekt für die Erschwerung des Integrationsprozesses ist darin zu sehen, dass die älteren Generationen jüdischer Einwanderer noch stark von der Bevormundung der Bürger durch den Staat geprägt sind, wie diese in der Sowjetunion üblich war und erst mit den Reformen Gorbatschows nachließ. Der Übergang vom Sowjetsystem in

Jom Kippur,
1991Familie Vormann feiert Bar Mitzwa,
1994

die Demokratie der Bundesrepublik, in der ganz entscheidende Existenzpfeiler auf schlichter Eigeninitiative beruhen, lässt in den Augen zahlreicher Kontingentflüchtlinge, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum einwandern durften, gerade die jüdische Religion an hinterste Stelle rücken. In den jüdischen Gemeinden sehen viele der Einwanderer nun das, was über Jahrzehnte hinweg für sie der Sowjetstaat neben anderen Dingen nun einmal auch gewesen ist: eine soziale Dienstleistungseinrichtung.

Um sich diesen Herausforderungen stellen zu können, bedarf es allerdings dementsprechender religiöser, sozialer sowie insbesondere auch räumlicher Infrastruktura-

ren. Diese waren Anfang der Neunziger Jahre wie in den meisten Gemeinden auch in Bamberg nicht vorhanden. Synagoge und Gemeindesaal fassten nur jeweils maximal 50 Personen. Lehrer, Vorbeter, geschweige denn Rabbiner existierten nicht. Es gab auch kein Personal für die Jugend- und Seniorenbetreuung. Schon allein wegen der nicht vorhandenen finanziellen Mittel schien die immense Aufgabe, welche das Eintreffen hunderter Kontingentflüchtlinge in Bamberg stellte, kaum zu bewältigen.

Schließlich gelang es dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern mit der Bayerischen Staatsregierung einen Staatsvertrag auszuhandeln, der

zumindest eine Mindestausstattung für jüdisches Leben zulässt. Dies beinhaltet regelmäßige Gottesdienste, Religionsunterricht, Aufrechterhaltung des jüdischen Friedhofs sowie eine funktionierende Verwaltung.

Dank des ehrenamtlichen Engagements der Mitglieder gelang es außerdem in der IKG Bamberg, weiteren sozialen und kulturellen Bedürfnissen entgegenzukommen. Dazu zählen insbesondere: Jugend- und Seniorenbetreuung, Sprachunterricht und Sozialbetreuung, ein Chor und eine Theatergruppe. Doch gerade diese, für ein lebendiges Gemeindeleben notwendigen Aktivitäten, machten die Raumnot noch deutlicher und ließ eine Erweiterung der vorhandenen Räumlichkeiten zu einem nicht mehr länger aufzuschiebenden Problem werden.

Während sich der Neubau eines Gemeindezentrums aus Mangel an Zuschüssen als unfinanzierbar erweisen sollte, schien eine Sanierung der dem IKG-Grundstück angehörigen ehemaligen Nähseidenfabrik „Kupfer & Mohrenwitz“ mit der Errichtung einer „Neuen Synagoge mit Gemeindezentrum“ durchaus im Bereich des Umsetzbaren. Schließlich gelang es nach immer wieder modifizierter Planung unseres Architekten Jürgen Rebhan, die Ansprüche des Bauherrn, die Anforderungen der Denkmalpflege, eine ansprechende architektonische Planung und den engen finanziellen Rahmen unter einen Hut zu bringen.

Es galt letzten Endes, die Finanzierung von knapp 3 Millionen Euro zu sichern. Letztlich wurde auch dieses Problem durch die Unterstützung des Landes, des Bezirkes und der Stadt Bamberg gelöst. Maßgeblichen Anteil daran hatten die Städtebauförderung und die Oberfrankenstiftung sowie die Förderung des Landes Bayern für den Bau von Synagogen. Nicht zu vergessen sind aber auch die Förderungen durch die Denkmalpflege, den Bayerischen Kulturfonds, den Bayerischen Entschädigungsfonds, die Förderung durch die Sparkasse Bamberg und die Bayerische Sparkassenstiftung,

der katholischen und evangelischen Kirche und des Landkreises. Unser Dank gilt auch den vielen Privat Spendern und den Spenden Bamberger Unternehmen. Nicht zuletzt musste die Israelitische Kultusgemeinde Bamberg einen großen Teil aber auch selbst schultern. Die Grundlagen waren somit gelegt, um mit dem Bau im April 2003 zu beginnen. Nach zweijähriger Bauzeit wurde nun am 1. Juni 2005 die Neue Synagoge mit Gemeindezentrum in einem feierlichen Festakt geweiht und eröffnet. Das neue Haus soll zahlreichen Ansprüchen gerecht werden. Zum einen werden der gewachsenen Gemeinde die folgenden Einrichtungen zur Verfügung stehen: Synagoge, Gemeindesaal, Verwaltungs-, Unterrichts- und Freizeiträume. Ebenso verfügt es über eine Mikwe (rituelles Tauchbad), eine Sukka (Laubhütte für das Laubhüttenfest) und einen innerstädtischen Garten. Zum anderen sollen die Räumlichkeiten auch als ein Kulturforum dienen. Es werden Veranstaltungen stattfinden, die im weitesten Sinne religiös, aber auch kulturell, historisch und musikalisch ausgeprägt sein mögen. Eine bedeutende Zukunftsplanung stellt drittens die Errichtung eines pädagogischen Zentrums gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz dar, dessen Zielgruppe Schüler ebenso sein werden wie Lehrer im Rahmen von Fortbildungsseminaren. Zu guter Letzt hat das neue Gemeindezentrum im Herzen der Stadt Bamberg schon jetzt überregionales Aufsehen erregt. Damit scheint ein anderes Anliegen bereits gelungen: einen weiteren architektonischen Beitrag für die Weltkulturerbe-Stadt Bamberg zu leisten.

Es wird nun in Bamberg wie in anderen Städten der Bundesrepublik Deutschland – neue Gemeindezentren entstanden u.a. in Wuppertal, Dresden, Chemnitz und entstehen gegenwärtig beispielsweise auch in Würzburg und München – ganz entscheidend sein, inwieweit jüdisches Leben von der nachfolgenden Generation praktiziert wird. Ihr kommt die Aufgabe und auch die große Verantwortung zu, die nun überall entstehenden





Die zweite Bamberger Synagoge

und das Judenviertel in der Hellergasse

Der alte Judenhof bis zur Enteignung 1422

Die Bamberger Juden lebten ursprünglich in der Judenstraße, wo sie neben christlichen Bürgern besonders viele Grundstücke besaßen. Am Pfahlplätzchen lag der Judenhof mit Synagoge, Mikwe und Tanz-(Gesellschafts-)haus. Er war Jahrhunderte lang das Zentrum des jüdischen Gemeindelebens in Bamberg. Es gab hier offenbar nach der großen Pest 1348 kein Pogrom wie in Nürnberg und anderen Städten. Aber am 25. April 1422 beschlossen die drei mächtigsten fränkischen Fürsten, die Bischöfe von Würzburg und Bamberg und die Markgrafen von Brandenburg, die Juden aus ihren Ländern zu vertreiben: „Vnd wir söllen vnd wöllen vns fürbass der Judischeit in vnsern Slossen, Steten, Merckten vnd Dörffern eussern, vnd sie in vnsern landen hie zu Franken nicht mer won(h)aftig sein lassen“. Das 15. Jahrhundert war eine der schlimmsten Zeiten der Judenvertreibungen im Mittelalter. Der steigende Wohlstand in den Städten hatte zu dem Gefühl geführt, dass man die Juden als Kapitalgeber eigentlich nicht mehr brauche. Dazu kamen die Hetzpredigten katholischer Geistlicher wie Johannes von Capestrano oder Petrus Nigri. So wurden während des 15. Jahrhunderts die Juden aus fast allen größeren Städten des Reiches vertrieben.

1422 konfiszierte der Bamberger Bischof Friedrich von Aufsees den Judenhof und strich einen Teil des Vermögens der Juden ein. Das war einer seiner Versuche, mit der erdrückenden Verschuldung des Hochstifts Bamberg fertig zu werden. Die Häuser des Judenhofs vergab Bischof Friedrich an verdiente Hofbeamte: seinen Leibarzt, seinen Mundschenk und andere. Kurze Zeit darauf begann der Umbau der Synagoge am „Judenplatz“ (Pfahlplätzchen) zu einer (Marien)-Kapelle. Doch aus

finanziellen Gründen vertrieb der Bischof die Juden nicht ganz aus der Stadt, sondern verdrängte sie nur aus ihrem angestammten Quartier in einen anderen Stadtteil, in die „hintere Kesslergasse“. Dieses Viertel war schlechter angesehen als der vornehme Bereich am Pfahlplätzchen. Nebenan lag das Lochgefängnis und die Wohnung des Scharfrichterknechts, der für Folterungen zuständig war. Nun wurden die Juden seine Nachbarn.

Der neue Judenhof und seine Nachbarschaft

auf dem ehemaligen Grundstück des Hans Dulpaum, „Fleischmann in der Kesslergasse bei dem Bronne“, errichteten die Juden erneut ein Gemeindezentrum in Form einer Gebäudegruppe rund um einen Hof herum, wie das, wenn auch wesentlich größer, am Pfahlplätzchen der Fall gewesen war. Frei im rückwärtigen Bereich des Hofes, der von der Stadtmauer des 13. Jahrhunderts nach hinten abgeschlossen wurde, stand die Synagoge, die „Judenschul“, die 1423, also ein Jahr nach dem Vertreibungsbeschluss, erstmals in der Kesslergasse erwähnt wird. Doch welches der heutigen Anwesen war das des Hans Dulpaum? Wo genau also stand die Synagoge? Eine Synopse der Archivalien lokalisierte sie in den Bereich des Hinterhauses von Hellerstraße 13 (eventuell einschließlich des Hinterhauses von Hellerstraße 15). Tatsächlich fanden die Archäologen bei einer ersten vorläufigen Grabung vom 5. – 28. Mai 2003 unmittelbar unter dem Betonboden des Rückgebäudes von Hellerstraße 13 eine Mikwe, ein jüdisches Ritualbad. Eine steile Treppe aus 14 hohen Sandsteinstufen führt hinunter in ein Becken, das einst mit Grundwasser gefüllt war. Die Keramik in dem

Schulen und Gemeindezentren mit Leben füllen. Letztlich stellen attraktive Bauten und charismatische Rabbiner, Lehrer und Gemeindezentren nur infrastrukturelle Grundvoraussetzungen, um eine lebendige Gemeinschaft aufzubauen. Entscheidend für den Erfolg werden jedoch die Mitglieder der Gemeinden bleiben, indem sie dieses Angebot auch tatsächlich annehmen. Inwieweit die kleine jüdische Gemeinschaft in Deutschland dieser Herausforderung begegnen kann, wird auch im entscheidenden Maße davon abhängen, inwieweit wir als Juden uns in Deutschland als „deutsche Juden“ fühlen können. Als die fünfte Synagoge in Bamberg am 11. September 1910 geweiht wurde, wandte sich der Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, Dr. Franz Michael Lutz, in seiner Ansprache an den Gemeindevorstand Dr. Josef Werner mit den Worten: „Sie baten die städtischen Behörden, sie möchten das neue Gottes-

haus in Schutz und Obhut nehmen. Das werden wir bereitwilligst tun und für alle Zukunft. Es soll uns dessen Schutz eine besondere Pflicht und Obsorge sein.“ Nur 28 Jahre später, in der Nacht vom 9. November 1938, befahl Lorenz Zahneisen, Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, die Zerstörung der Synagoge durch Brandstiftung.

Wir hoffen, dass diese neue Synagoge das 21. Jahrhundert übersteht. Wir hoffen auch, dass nicht des neuen Baus Fassaden, sondern eben auch dessen Inneres von der Bamberger Bevölkerung zur Kenntnis genommen wird, dass die Israelitische Kultusgemeinde Bamberg und mit ihr die gesamte jüdische Gemeinschaft in Deutschland angekommen ist, als integraler Teil der Gesellschaft.

Heinrich C. Olmer



Pessach Seder,
1986



Material, mit dem das Becken verfüllt war, lässt sich ins späte 15. Jahrhundert datieren.

Zur Synagoge gehörten außerdem zwei Häuser (wohl für den Rabbiner und weiteres Synagogenpersonal). Zwischen den beiden Häusern führte ein Durchgang zum Synagogenhof. Diese Häuser dürften die Vorgängerbauten von Hellerstraße 13 und 15 gewesen sein, deren Keller aus dem 15. Jahrhundert stammen. Zwischen den beiden Kellern liegt ein nicht unterkellelter Bereich, der dem erwähnten Durchgang entspricht. Die Keller wurden durch Treppen vom Hof her erschlossen, nicht, wie das in Bamberg sonst im Mittelalter üblich

war, von der Straße aus. Auch diese Eigenheit spricht für eine ungewöhnliche Funktion innerhalb einer gut erschlossenen Hofsituation.

Rechts neben dem Synagogenhof stand das Haus des Juden Götz und seiner Frau Lea. Ihr Haus stieß mit der Rückseite an die Judenschule, auf der anderen Seite stand des „Sampson Juden Haus“. Östlich davon scheint entlang der Stadtmauer keine weitere Bebauung vorhanden gewesen zu sein.

Links von der Judenschule liegen bis zum Lochhaus (= Gefängnis) an der Ecke zur Kesslerstraße eine Reihe von Handwerkerhäusern. Im 14. und 15. Jahrhundert

werden Bäcker und Fleischhauer erwähnt, später zwei Lebküchner-Familien (Lichtenfelser und Fischer), die über lange Zeit dort sesshaft sind, daneben Büttner, Schuster, ein Nagel- und ein Kesselschmied und andere. Diese Nachbarschaft jüdischer und christlicher Häuser spricht für ein sozusagen „normales“ Verhältnis zwischen den Bambergern beider Religionen bis in die achtziger Jahre des 15. Jahrhunderts.

Bamberger Juden von 1422 bis zur Vertreibung 1478

auch Bischof Anton von Rotenhan (1431 – 1459) kämpfte während seiner ganzen Regierungszeit erfolglos gegen die Überschuldung seines Staates, die unter ihm auch noch durch die enorme Brandschatzungssumme, die 1430 an die Hussiten gezahlt werden musste und durch die kriegerische Auseinandersetzung des Bischofs mit den unzufriedenen Bamberger Bürgern im sog. „Immunitätenstreit“ verschärft worden war. In dieser Not brauchte der Bischof das Geld der Juden, und das bescherte ihnen im Hochstift Bamberg noch ein paar gedeihliche Jahrzehnte. 1445 ließ sich Bischof Anton bei dem Bamberger Juden Meyer die immense Summe von 5000 fl. (Obwohl Meyer die Rückzahlung dieses Kredits vertraglich vielfach abgesichert hatte, konnten er und seine Erben weder Kapital noch Zinsen jemals wiederbekommen. Um die Schuldurkunde entspann sich ein 100(!)jähriger Prozess). Im selben Jahr 1445 gaben Bischof und Domkapitel den Juden einen bemerkenswerten „Freiungsbrief“: sie nahmen „ihre Jüdischheit in Bamberg, Vorche(i)m und sonst im Stift mitsamt ihren Weibern, Kindern und all ihrem Gesinde, mit all ihrer Habe und Gut“ in Schutz und Schirm des Stifts. „Die Juden dürfen ungehindert leihen, kaufen, verkaufen nach ihrem Belieben; ausgenommen sind nur Kelch, Meßgewand, Meßbücher, blutige Gewand und nasse Häute ... Die Gerichte sollen den

Juden im Stift zur Erlangung ihrer Schulden und Renten getreulich helfen ... Klagt jemand gegen einen Juden, so soll er sich an ihre Schul wenden: da soll man einen Geistlichen und einen Juden niedersetzen, die nach Anhören der Klage und Antwort Urtheil fällen.“ Zwar müssen die Juden diese „Vergünstigungen“ teuer bezahlen mit einem jährlichen Zins von 20 fl. für jeden von ihnen. Dennoch war auf dieser relativ sicheren Grundlage eine positive Entwicklung der Gemeinde möglich. Es sind eine Vielzahl von Urkunden überliefert, die von den finanziellen Beziehungen der Juden mit den christlichen Bürgern und Institutionen Bambergers berichten, wir hören von einem Judenwirt, bei dem auch gespielt werden durfte, von einem Gesangsmeister, einem Botenläufer und von den Wohnhäusern der Juden, vor allem in der Kesslergasse. Der reiche Jude Meyer hatte dort allein vier Häuser. 1445 wird die Talmudschule erwähnt, an der nach „herkömmlicher Weise“ unterrichtet wurde.

Hier wirkte von 1469 – 74 Moses ben Isaak ha-Levi aus der Gelehrtenfamilie Mintz in Mainz. Er war wohl der bedeutendste Mann in der langen Reihe der Rabbiner von Bamberg. Er hatte in Bamberg und Lucca studiert und war, ganz jung noch, Rabbiner in Mainz geworden. Schon damals war er so anerkannt, dass er von überall her Anfragen zu rechtlichen Gutachten erhielt. Er hatte sie zu einer Sammlung zusammengestellt, ebenso wie andere seiner Arbeiten. All diese Manuskripte, seine Bücher und sein Vermögen verlor er bei der Plünderung von Mainz 1462. Er zog nach Landau, Ulm und Würzburg. Doch obwohl er überall für seine Gelehrsamkeit gerühmt wurde und jeweils Rabbinatsfunktionen übertragen bekam, konnte er wegen der Verfolgungen nirgendwo lang bleiben. Im Frühjahr 1469 kam er mit seiner Frau Minnele und seinen Kindern nach Bamberg. Dort war es noch einigermaßen sicher, doch mit dem religiösen Leben der Gemeinde stand es nicht zum Besten. Wie „eine Herde ohne Hirt“ fand sie Moses



Hellergasse:
Suchgrabung nach der Synagoge –
ohne eindeutigen Befund

Mintz. Der tatkräftige Rabbiner begann sofort mit Reformen. Als erstes organisierte er die Armenpflege neu. Dann sorgte er für Ordnung und Sauberkeit in der Synagoge. Junge Leute machten sich immer wieder den Spaß, die in der Vorhalle abgelegten Überschuhe der Gemeindemitglieder durcheinander zu werfen, andere trampelten mit schmutzigen Schuhen durch das Gotteshaus. Mintz stellte beides ab. Er arbeitete auch neue Instruktionen für den Vorbeter aus: seine Kleider sollen sauber sein und das Obergewand so lang, dass man die Füße nicht sieht, sonst soll er Kniehosen tragen. Er soll beim Gottesdienst die Augen nicht umherschweifen lassen und nicht herumfuchteln, sondern die Hände ruhig halten. Er soll vor dem Abendgottesdienst keine berauschenden Getränke zu sich nehmen, wie das am Sabbath-Nachmittag vielfach im Übermaß vorzukommen pflegte. Bei Streitereien soll er keine Partei ergreifen usw. Die Reformen des Rechtsgelehrten betrafen vielleicht auch das Gebäude der Synagoge: 1470 wird sie als „neue Judenschule“ bezeichnet, was für einen Neubau sprechen könnte.

Unter den Fürstbischöfen Georg I. von Schaumburg (1459 – 1475) und Philipp von Henneberg (1475 – 1487) wurde das Vorgehen gegen die Juden wieder schärfer, was man als Reformmaßnahme verstand. Die Juden wurden gezwungen, christliche antisemitische Predigten anzuhören, es gab Zwangstaufen, die Steuerschraube wurde immer stärker angezogen. Die Juden begannen, Bamberg zu verlassen. 1474 ging Moses Mintz mit seiner Familie nach Posen. 1478 wurde wohl erneut ihre Vertreibung beschlossen. Wieder konfiszierte der Bischof die Anwesen der Juden. Manche Familien hofften auf eine baldige Rückkehr: 1485 verkauften der Jude Götz und seine Frau Lea ihr Haus in der Kesslergasse neben der Judenschule unter dem Vorbehalt des Rückkaufs, wenn sie innerhalb eines Jahres „mit gnaden wider gein Bamberg kumen“ und sich hier wieder ansiedeln dürften. Sie kamen nicht zurück, ihr Haus

ging an christliche Besitzer. 1487 wurden dem Nürnberger Juden Jakob Kerpf per kaiserlichem Dekret die Judenschule und der jüdische Friedhof abgabefrei auf 10 Jahre überlassen. Aber schon 1493 wurde die Judenschule mit den zwei zugehörigen Häusern an zwei Bamberger Bürger verkauft. In den Hofkammeramtsrechnungen aus den Jahren 1487 – 89 steht der Vermerk: „Von den Juden ist nichts gefallen, wann keiner vorhanden“ und 1499 befiehlt Fürstbischof Heinrich III. Groß von Trockau den Forchheimern, dass sie in der Stadt keinen Juden einziehen lassen sollen, nachdem sein Vorgänger und er sich „aus hohenn merklichen vrsachen der Judischeit in vnsern Steten merckten fleckel and gepieten entschlagen haben“.

Noch lange nach der Vertreibung der Juden prägte die Judenschule als „Erinnerungsort“ ihre Umgebung. So wie das ursprüngliche Wohngebiet der Bamberger Juden noch heute „Judenstraße“ heißt, obwohl sie dort seit dem 15. Jahrhundert nicht mehr ansässig waren, wurden die Anwesen in der jetzigen Hellerstraße bis ins 17. Jahrhundert nach der Judenschule bezeichnet.

Geschichte der Bamberger Juden nach der Wiederansiedlung 1556

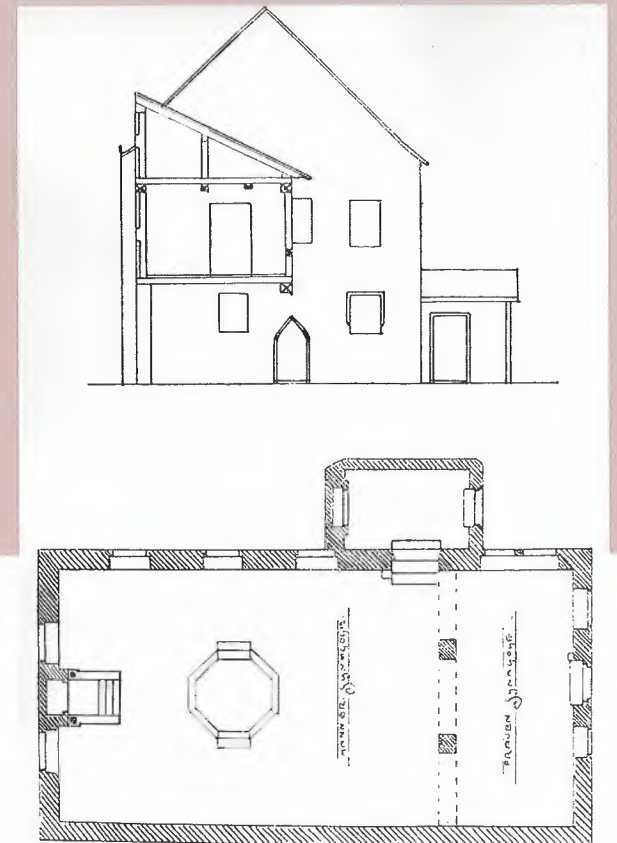
Bamberg kam nicht sehr lange ohne Juden aus. Am 7. August 1556 lieh das Domkapitel 16 500 fl. bei dem Juden Josef in Frankfurt. Er stellte dafür die Bedingung, sechs wohlhabende Juden in Bamberg oder Forchheim aufzunehmen und seinen zwei Schwestern die Ansiedlung in Anwesen auf dem Land zu genehmigen. Das Domkapitel akzeptierte dies mit folgenden Auflagen: die Juden dürfen in Bamberg von 1 fl. Darlehen nur 1 Pfennig wöchentlich Zins nehmen, keinen Kaufmannshandel, keine Gewerbe oder Handwerk betreiben, sie müssen sich an allen bürgerlichen Abgaben beteiligen und darüber hinaus hohe Sonderabgaben bezahlen. Daraufhin gab Jud Schwager aus Fürth weitere

10 000 fl. zu 5% als Darlehen. Spätestens seit damals war eine begrenzte Anzahl von Familien wieder in Bamberg zugelassen. Sie ließen sich vor allem in der Generalsgasse nieder und richteten 1567 im gepachteten Hinterhaus von Generalsgasse 15 eine neue Synagoge ein.

Die folgenden Jahrzehnte waren geprägt von den heftigen Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten, die zum Dreißigjährigen Krieg führten. 1632 erreichte der Krieg auch Bamberg und brachte zahlreiche Zerstörungen und schwere Beschädigungen. Zu den stark betroffenen Stadtgebieten gehörten auch die Kesslergasse und der Hafenmarkt. Ein Schadensverzeichnis von 1643/46 erwähnt für die Hauptmannschaft in der Kesslergasse 12 beschädigte bzw. ruinierte Häuser. In den folgenden Jahrzehnten siedelten sich wieder verstärkt Juden in diesem Quartier an. Damals war zunächst jeder willkommen, der in der ruinierten Stadt ein Haus baute.

Das jüdische Gemeindezentrum blieb in der Generalsgasse. 1678 mieteten die Juden von der Stadt das ruinöse Vorderhaus von Generalsgasse 15, in dessen Hinterhaus sich seit 1567 die Judenschule befand. 1679 wurde das Vorderhaus für den Rabbiner, 1684 das Hinterhaus als Synagoge neugebaut. Damals wohnten Juden unter anderem in der Langen Straße, der Kapuzinerstraße, der Au und der Kesslergasse, durchweg in als wertvoll taxierten Häusern. Doch schon regte sich wieder Neid und Bischof Marquard Sebastian verordnete 1683, dass ein Jude sein Haus einem Christen, der dies wünsche, billig verkaufen müsse und ihm dafür vom Stadtrat eine „oede hoffstatt“, das heißt ein verlassenes (Ruinen-) Grundstück zugewiesen werde. Daraufhin trat die jüdische Gemeinde an den Fürstbischof mit der Bitte um die Errichtung eines Ghettos heran, wo sie sicher leben könnten. Dieses Ghetto sollte zwischen der Hellerstraße und der Stadtmauer rund um den Hafenmarkt liegen, wo schon einige Judenhäuser standen und mit einem

Ansicht und Grundriss
der dritten Synagoge
in der Generalsgasse



Tor abgeschlossen wurden. Ein Regierungsbeschluss von 1687 bestimmte schließlich, dass die Juden ihre von Christen abgekauften Häuser wieder zu verlassen und sich am Hafenmarkt anzusiedeln hätten, legte die Anzahl der „Judenhäuser“ auf 12 fest und wies den Juden für den Bau einer neuen Synagoge einen Garten an der Stadtmauer zu, „gantz einsamb und à part gelegen“. Dringlich wurde die Situation, als 1699 während einer Hungersnot Bamberger Bürger sich vor einigen Judenhäusern zusammenrotteten, weil das Gerücht umging, die Juden hätten Getreide gehortet. Als die Plünderer in das Haus des alten Moses in der hinteren Kesslergasse (Hellerstraße 13) eindringen, schüttete er vom Dachboden seines Hauses, wohin er sich geflüchtet hatte, den Inhalt der dort gestapelten Säcke auf die Köpfe der untenstehenden Menge aus, um zu zeigen, dass dieselben nicht Getreide, sondern Zwetschgen enthielten. Daraufhin zerstreute sich die Menge.

Doch der Ghettoplan wurde unter Lothar Franz von Schönborn (1693 – 1729) nicht weiterverfolgt. Dieser Fürstbischof änderte die gesamte Wirtschaftspolitik seines Landes. Ihm war klar, wie dringend er auch die Juden für die wirtschaftliche und bauliche Sanierung Bambergs brauchte. Er erhöhte die Zahl der Judenhäuser auf 24, sicherte sie gegen die Angriffe von Christen und beließ ihnen ihre Synagoge in der Generalsgasse, jene dritte Bamberger Synagoge, deren Nachfolgebau beim Bau der ‚Theatergassen‘ abgebrochen wurde.

Vierte Synagoge
in der Generalsgasse



Schicksal eines „Judenhauses“: Hellerstraße 13

Die Verhältnisse blieben für die jüdischen Bürger Bambergs auch nach den Reformen von Fürstbischof Lothar Franz von Schönborn äußerst beengt: 1746 drängten sich in den 24 „Judenhäusern“ 331 Menschen. Als Folge davon mussten diese Grundstücke äußerst intensiv genutzt werden. Auch Hinterhäuser, im allgemeinen als Schuppen, Lagerräume oder Werkstätten genutzt, wurden zum Wohnen ausgebaut.

Dabei konnten auch hochwertige Lösungen bezüglich der Lebensqualität gefunden werden. So sind die Rückgebäude hinter Hellerstraße 11 und 13, die sich heute in einem stark vernachlässigten Zustand befinden, ungewöhnlich reich ausgestattet mit Rokostuckdecken, Türen mit barocken Beschlägen, breiten Dielen und anderen wertvollen Ausstattungsstücken, die das Landesamt für Denkmalpflege 1995 veranlassten, die Rückgebäude in die Denkmalliste aufzunehmen. Sie hatten ihre Hauptfassade einst zu einem großen Garten – eine höchst angenehme Wohnsituation mitten in der Stadt. Der jüdische Rosshändler Abraham und sein Sohn Männlein hatten das Anwesen nach 1665 aus städtischem Besitz gekauft. Abrahams Enkel Koppel Männlein besaß es 1735, wo es folgendermaßen beschrieben wird: „dreistöckig, 5 Zimmer, 4 Kammern, Hintergebäude, Hofreit und Garten“. Koppel Männlein muss der Bauherr der aufwändigen Hinterhausumbauten gewesen sein.

Im Vorderhaus von Hellerstraße 13 befand sich seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Werkstatt des Hofbuchdruckers Andreas Gärtner, dessen Sohn die erste Bamberger Zeitung, die „Neuen Doch Gemeinnützlichen Hochfürstlich-Bambergischen wochentlichen Frag- und Anzeige-Nachrichten“, herausgab. 1798 „erheiratete“ Johann Baptist Reindl Haus und Druckerei. Dort wird 1806 im Auftrag des Verlegers Göbhardt die „Phänomenologie des Geistes“ des Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel aus Jena gedruckt. Bamberg

war nach der Säkularisation eine Zeitlang ein ziemlich liberales Pflaster, was unter anderem der Geisteshaltung und dem Einfluss von Männern wie Dr. Adalbert Friedrich Marcus und dem aufgeschlossenen Verlag Göbhardt zu danken war. Durch diese Verbindungen kam eine Gruppe von Professoren aus Jena, die nach dem sog. Atheismusstreit diese Stadt verlassen mussten, nach Franken. In Bamberg konnte Hegels Freund Friedrich Immanuel Niethammer als Schulrat des Fränkischen Kreises unterkommen und fand in Göbhardt einen Verleger, der bereit war, Hegels umfangreiches Werk zu veröffentlichen. Doch das Ganze ging nicht problemlos vonstatten. Das Manuskript war bei den Verhandlungen nämlich noch nicht abgeschlossen, und so verpflichtete sich Niethammer zur Erstattung der Kosten des Verlegers, wenn der fehlende Text nicht termingemäß einträte. Im Februar 1806 begann die Druckerei Reindl mit dem Druck des Werkes, das auf Grund seines Umfangs einen großen Bleisatz über lange Zeit band und dessen Lagerung allen verfügbaren Platz beanspruchte. Deswegen beschloss Göbhardt, statt der besprochenen 1000 nur 750 Exemplare zu drucken. Das verärgerte Hegel sehr. Er war dringend auf das Geld aus dem Verkauf des Buches angewiesen und konnte sich ohne die Zahlungen des Verlegers nicht einmal die Reise von Jena, wo es wegen der Napoleonischen Kriege immer unsicherer wurde, nach Bamberg leisten. Niethammer drang darauf, dass Hegel unbedingt bis zum 13. Oktober das fertiggestellte Manuskript nach Bamberg absende. Hegel beendete tatsächlich am 12. Oktober 1806 den letzten Teil der „Phänomenologie des Geistes“. Es war der Abend vor der Schlacht von Jena. Am nächsten Tag wurde Hegels Wohnung zerstört. Er irrte, auf der Suche nach einer neuen Bleibe, durch die Stadt, das Manuskript unter dem Arm, voller Angst vor Plünderern und vor den Folgen für seinen Freund Niethammer, wenn der Text nicht rechtzeitig nach Bamberg käme. Unterwegs hatte er ein beeindruckendes Erlebnis: er sah den von ihm heftig verehrten Napoleon, den „Weltgeist zu Pferde“. In Bamberg hatten sich die Dinge jedoch ganz anders als erwartet entwickelt: am 6. Oktober 1806 hatten die französischen Truppen sofort nach ihrem Einzug in Bamberg die Druckerei Reindl besetzt, um hier unter großer Geheimhaltung die Marschbefehle gegen Preußen und andere Dekrete aus dem Hauptquartier drucken zu lassen. Sobald am 20. Oktober die Post von Jena nach Bamberg wieder funktionierte, schickte Hegel den letzten Teil des Manuskripts und kam Mitte November selbst nach Bamberg. Im Frühjahr 1807 erschien dann das Werk und Hegel erhielt sein dringend benötigtes Honorar. Er blieb in Bamberg und begann am 1. März 1807 seine Arbeit als Redakteur der „Bamberger Zeitung“. Das Haus Hellerstraße 13 kaufte 1814 Salomon Samson Hesslein, dessen Sohn Samson zur ersten Generation von Juden in Bamberg gehörte, die ein Handwerk lernen durften. Er wurde Buchbinder und bekam nach langen bürokratischen Schwierigkeiten schließlich seinen Meisterbrief. 1879 erwarb der Lederhändler Seligmann Heß das Anwesen. Er hatte damals schon seit Jahren ein Lederlager in Bamberg, hatte sich aber nicht in der Stadt ansässig machen dürfen, da er keine der zahlenmäßig begrenzten Matrikelstellen erhalten hatte. So musste er täglich von Trunstadt zu Fuß nach Bamberg laufen. Die gesetzlichen Beschränkungen des „Judenedikts“ fielen erst 1871, womit Heß der Erwerb von Hellerstraße 13 möglich wurde, das er anschließend umbauen ließ. Er hatte im Erdgeschoss seinen Laden und sein Lager und wohnte mit seiner Frau und drei Söhnen im ersten Stock. Im Rückgebäude befand sich bis 1890 ein jüdisches Restaurant, das aufgegeben wurde, als die Firma Heß um eine Schäftefabrik für



Titelblatt einer Hegel-Veröffentlichung,
1807 in Bamberg gedruckt

ckendes Erlebnis: er sah den von ihm heftig verehrten Napoleon, den „Weltgeist zu Pferde“. In Bamberg hatten sich die Dinge jedoch ganz anders als erwartet entwickelt: am 6. Oktober 1806 hatten die französischen Truppen sofort nach ihrem Einzug in Bamberg die Druckerei Reindl besetzt, um hier unter großer Geheimhaltung die Marschbefehle gegen Preußen und andere Dekrete aus dem Hauptquartier drucken zu lassen. Sobald am 20. Oktober die Post von Jena nach Bamberg wieder funktionierte, schickte Hegel den letzten Teil des Manuskripts und kam Mitte November selbst nach Bamberg. Im Frühjahr 1807 erschien dann das Werk und Hegel erhielt sein dringend benötigtes Honorar. Er blieb in Bamberg und begann am 1. März 1807 seine Arbeit als Redakteur der „Bamberger Zeitung“.

Das Haus Hellerstraße 13 kaufte 1814 Salomon Samson Hesslein, dessen Sohn Samson zur ersten Generation von Juden in Bamberg gehörte, die ein Handwerk lernen durften. Er wurde Buchbinder und bekam nach langen bürokratischen Schwierigkeiten schließlich seinen Meisterbrief. 1879 erwarb der Lederhändler Seligmann Heß das Anwesen. Er hatte damals schon seit Jahren ein Lederlager in Bamberg, hatte sich aber nicht in der Stadt ansässig machen dürfen, da er keine der zahlenmäßig begrenzten Matrikelstellen erhalten hatte. So musste er täglich von Trunstadt zu Fuß nach Bamberg laufen. Die gesetzlichen Beschränkungen des „Judenedikts“ fielen erst 1871, womit Heß der Erwerb von Hellerstraße 13 möglich wurde, das er anschließend umbauen ließ. Er hatte im Erdgeschoss seinen Laden und sein Lager und wohnte mit seiner Frau und drei Söhnen im ersten Stock. Im Rückgebäude befand sich bis 1890 ein jüdisches Restaurant, das aufgegeben wurde, als die Firma Heß um eine Schäftefabrik für

Soldatenstiefel erweitert wurde, die in der Militärstadt Bamberg und dann vor allem im 1. Weltkrieg expandieren konnte. 1922 waren rund 20 Mitarbeiter beschäftigt. Der verlorene Krieg und die Inflation setzten dieser Entwicklung ein Ende. 1925 wurde die Produktion eingestellt und nur noch die Ledergroßhandlung betrieben. 1938 musste die Firma schließen, da Juden keine Geschäfte mehr besitzen durften. Friedrich Heß reiste 1939 mit seiner Frau, einer Schweizerin, und zwei Töchtern über Kuba und Mexiko in die Schweiz aus, wo er 1991 starb. Seine Mutter und seine Schwester wurden in Konzentrationslager abtransportiert und dort ermordet.

Das Anwesen Hellerstraße 13 ging an das Finanzamt Bamberg über und wurde an den Eigentümer von Franz-Ludwigstraße 12 vermietet, der 1939 in den Garten ein Nebengebäude für seinen Lebensmittelmarkt baute. 1945 zerstörten Fliegerbomben Hellerstraße 11 und Teile von Hellerstraße 13. 1951 wurde das Anwesen an Friedrich Heß zurückerstattet, der es an den Eigentümer von Franz-Ludwigstraße 12 verkaufte.

Das Anwesen Hellerstraße 13 ist nur eines von zahlreichen jüdischen Häusern in der Hellerstraße und rund um den Hafenmarkt, wo seit dem Mittelalter bis 1942 immer wieder jüdische und christliche Familien beieinander lebten, ein typisches Beispiel für die jüdisch-christliche Geschichte in Franken und in Deutschland.

Dr. Karin Dengler-Schreiber



Die fünfte Bamberger Synagoge

Der Bau der fünften Synagoge stellt den Höhepunkt einer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung dar, in deren Verlauf die jüdische Gemeinde von einer verfolgten Minderheit zu einem integrierten Teil der Stadtgemeinde wurde. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war 1910 erreicht, als 1181 Juden in Bamberg lebten. Viele der zugezogenen Juden wandten sich auch in der Stadt dem Handel mit Landprodukten, vor allem Hopfen, zu. Die Konzentration von Hopfenhandlungen in Bamberg seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ist auffällig; das Gewerbe wurde fast ausschließlich von Juden betrieben, die sich im Bereich der Luitpold-, Sophien- (heute Lessingstraße) und Hainstraße Villen mit Hinterhofindustrie errichten ließen. Die breite Schicht des jüdischen Mittelstandes, die keinem produktiven und damit platzintensiven Gewerbe nachgingen, wohnten vornehmlich im Bereich Luitpold-, Friedrich- und Schützenstraße. Damit konzentrierte sich das im ausgehenden 19. Jahrhundert weitgehend an die christliche Umgebung assimilierte, liberale jüdische Großbürgertum in den Bereichen der südlichen und südöstlichen Stadterweiterung. Durch den starken Zuzug war die Synagoge in der Generalsgasse rasch zu klein geworden und entsprach „auch in ästhetischer Hinsicht nicht mehr dem, was unsere moderne Zeit von einem Gotteshaus ... verlangt. Anscheinend empfand man die romanischen Formen mittlerweile als altmodisch; dies lässt auch die Aussage von Justizrat Werner erkennen, dass ihre ganze Einrichtung und Ausstattung nicht dazu angetan sei, „die Andacht zu wecken, das Gemüt zu erbauen und den Synagogenbesuch zu fördern“. Da die alte Synagoge damit auch nicht mehr dem „Ansehen und der Bedeutung der israelitischen Kultusgemeinde“ entsprach, begann man bereits in den 1890er Jahren mit der Suche nach einem geeigneten Platz für einen Neubau. Die Wahl fiel schließlich auf ein im Schnittpunkt von Urban- und Herzog-Max-Straße gelegenes Grundstück, „da alle übrigen städtischen Plätze entweder bereits

vergeben oder doch zu weit vom Mittelpunkt der Stadt entfernt lagen“ und private Bauplätze aus Kostengründen nicht in Frage kamen. Aus den bereits genannten Gründen erwies sich jedoch der Bauplatz gerade in dieser Lage von großer Bedeutung.

Der Wettbewerb zum Synagogenneubau 1906

Bereits in der Vorbereitungsphase zum Synagogenbau beriet sich die Kultusgemeinde mit dem Architekten Johannes Kronfuß, der eine grobe Schätzung der zu erwartenden Baukosten auf 300 000 Mark vornahm. Da die Finanzierung von Synagogen in dieser Zeit weitgehend durch Steuerzahlungen sowie Schenkungen der Gemeindemitglieder erfolgte, war die Sicherstellung der Gelder vor Planungs- und Baubeginn besonders wichtig. Im Jahr 1906 wurde nach Besprechungen mit dem Stadtbaurat Schmitz ein beschränkter Wettbewerb unter „namhaften Künstlern“ ausgerufen. Neben Johannes Kronfuß und dem Bamberger Ingenieur Schad gehörten die Architekten Falk und Wolf aus Straßburg, Klepzig aus Gotha, die Gebrüder Rank aus München sowie Levy aus Karlsruhe zu den Eingeladenen. Der bekannteste unter ihnen war zweifelsohne Ludwig Levy, der damals fast jeden Wettbewerb mit seinen Entwürfen beschickte und zu den bedeutendsten Architekten auf dem Gebiet des Synagogenbaus in Süddeutschland gehörte. Er baute unter anderem die Synagogen von Baden-Baden, Straßburg und Bingen. Levy sagte allerdings die Teilnahme am Wettbewerb kurzfristig ab. Über die Wettbewerbsbedingungen schreibt Werner in der Festschrift weiter: Wichtigste Vorgabe war die Ausrichtung des Baus von Westen nach Osten. Die Synagoge konnte damit nicht die Nord-Süd-Lage des dreieckigen Grundstücks ausnutzen, sondern musste quer zur Längsrichtung eingepasst werden, woraus sich die kompakte Grundform des Baukörpers zwangsläufig ergab. Weitere Grundbedingung war die Größe des Haupt-



saales, der Platz für vierhundert Männer- und ebenso viele Frauensitze schaffen musste. Letztere sollten auf einer Empore angeordnet werden. Neben dem Hauptsaal war eine kleinere Wochentagssynagoge vorgesehen sowie ein Sitzungs- und Trauungszimmer mit etwa gleicher Größendimensionierung. Dazu kamen die nötigen Garderoben, Toilettenanlagen, Rabbiner- und Kantorzimmer und eine im Souterrain liegende Hausmeisterwohnung. Die damit erreichte Mehrfunktionalität des Baus als Gemeindezentrum und Wohnung entsprach der damaligen Baupraxis und findet sich bei vielen synagonalen Neubauten der Zeit.

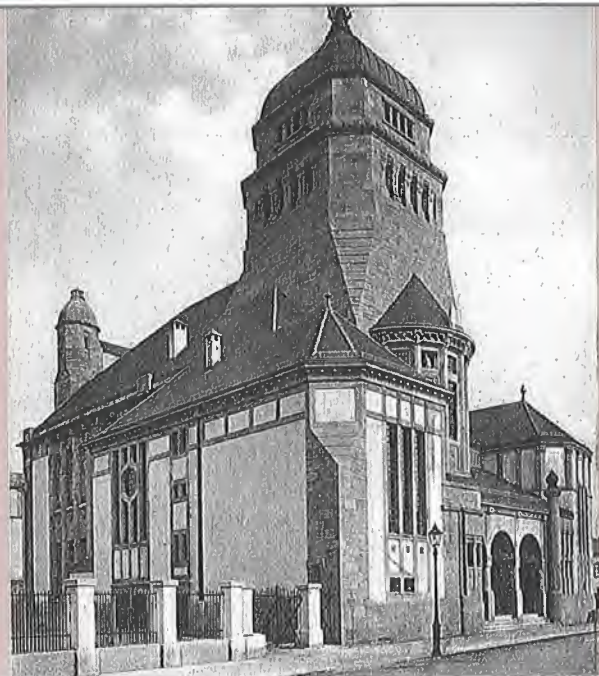
Die Einrichtung einer Orgel war für die jüdische Gemeinde in Bamberg vor dem Baubeginn zur Streitfrage geworden; im Zuge einer allgemeinen Liberalisierung des Gottesdienstes im Laufe des 19. Jahrhunderts waren zahlreiche liturgische Neuerungen eingeführt worden. Unter den liberalen und orthodoxen Juden führte vor allem die Orgelfrage zu heftigen Diskussionen; die einen sahen darin die Möglichkeit, den Gottesdienstbesuch attraktiver zu machen, den Strenggläubigen dagegen war das Orgelspiel an Feiertagen untersagt. Nachdem auch in der an sich liberalen Gemeinde in Bamberg einige Mitglieder ihre Gelder für den Bau der Synagoge zurückziehen wollten, ließ man zunächst vom Einbau der Orgel ab. Die Wettbewerbsbedingungen sahen jedoch vor, den Raum für eine spätere Einfügung der Orgel sowie für die Sängerempore offen zu halten. Frist für die Einreichung der Entwürfe war der 1. Oktober 1906. Preisrichter waren Hofoberbaurat Handl und Baurat Professor Grässel aus München sowie Baurat Schmitz, Dr. Werner als Vorstand der Kultusgemeinde und der Bamberger Rabbiner Eckstein. Unter den sieben eingereichten Projekten wurden am 3. und 4. Februar 1907 der Entwurf mit dem Motto „Bamberg II“ von Johannes Kronfuß mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Der Entwurf der Gebrüder Rank aus München mit dem Motto „Stern“ erhielt den zweiten Preis, dieser

hat sich in Bamberg nicht erhalten. In diesem Zusammenhang ist jedoch anzumerken, dass sowohl Joseph Rank, der bedeutendere Architekt des Brüderpaares, als auch Baurat Hans Grässel in München bei Friedrich Thiersch studiert hatten. Beide sahen also aufgrund dieser Ausbildung die Notwendigkeit einer Abwendung von der im Eklektizismus erstarrten Baukunst. Die Suche nach modernen Bauformen schaffte innerhalb der Gruppe der Architekten und Preisrichter eine Gemeinsamkeit von Kronfuß, Rank und Grässel und war möglicherweise ausschlaggebend für die Entscheidung der Jury. Nachdem die Entscheidung zugunsten der Architekten Rank und Kronfuß gefallen war, forderte das Preisgericht von beiden eine Änderung ihrer vorgelegten Pläne. Da aus dem Münchner Architekturbüro jedoch ein negativer Bescheid kam, stand mit Johannes Kronfuß der Architekt der neuen Synagoge fest. Für die jüdische Gemeinde war er kein Unbekannter, hatte er doch bereits 1904 in ihrem Auftrag das Vereinshaus der „Ressource“, einem 1827 gegründeten „Israelitischen Leseverein“, in der Hainstraße errichtet. Der in Ungarn geborene Johannes Kronfuß (1872 – 1944) studierte zunächst Architektur in München und kam um 1901 nach Bamberg, wo er „der erfolgreichste Jugendstilarchitekt der Stadt wurde“. Hier errichtete er neben einigen Wohnhäusern in den Jahren zwischen 1903 und 1907 auch das bereits erwähnte Vereinshaus der „Ressource“. Die 1910 vollendeten Bauten der Synagoge und des Warenhauses Tietz am Grünen Markt bildeten den Höhepunkt und zugleich auch Abschluss des Bamberger Oeuvres von Kronfuß. Nach der Teilnahme an einem internationalen Architekturwettbewerb in Buenos Aires siedelte dieser um 1913 nach Argentinien über.

Die Bauausführung

Im Oktober 1907 legte Kronfuß ein Modell sowie neue Pläne vor, die Vorschläge der Preiskommission

Die fünfte Synagoge
und ihre Zerstörung
durch die Nationalsozialisten



aufnahmen. Sein Kostenvoranschlag belief sich auf rund 270 000 Mark für den Bau und rund 30 000 Mark für dessen innere Ausstattung; damit hatte er sich an seine eigenen Schätzungen aus der Zeit vor der Wettbewerbsausschreibung gehalten. Weitere 7 000 Mark waren für die Gestaltung der Umgebung der Synagoge geplant. Im April 1908 wurde nach erneuten Beratungen der Preistrichter endgültig beschlossen, „die Synagoge nach den Kronfußschen Plänen zu errichten“ und diesem die Bauleitung zu übertragen. Am 31. Juli des Jahres erfolgte die Genehmigung des Baugesuchs von Seiten der Stadt unter der Auflage, mit den Arbeiten am 5. November zu beginnen.

Termingerecht begannen Anfang November 1908 die Aushubarbeiten, im Laufe des nächsten Jahres wurde der Rohbau vollendet. 1910 folgte der Verputz sowie die Herstellung der inneren Einrichtung. Bereits 1909 hatten die Frauen der Gemeinde ein Komitee gegründet, das die Innenausstattung der Synagoge organisieren sollte. Die Einweihung der neuen Synagoge fand am 11. September 1910 unter reger Anteilnahme der Bamberger Bevölkerung statt. Neben einer Festansprache von Rabbiner Eck und Justizrat Werner hielt auch der Bamberger Oberbürgermeister Lutz eine Rede, in der er versprach, die Synagoge unter den besonderen Schutz der Stadt zu stellen. Die von Pathos erfüllten Äußerungen anlässlich der Weihe fanden auch in den Berichten der Lokalpresse ihren Niederschlag. Dort wurde von einem „städtlichen Tempel“ gesprochen, einem „Markstein in der Geschichte nicht nur der israelitischen Kultusgemeinde, sondern auch in jener unserer Vaterstadt“.

Die Suche nach einem neuen Stil: Synagogenbau vor dem Ersten Weltkrieg

Die Charakterisierung als „gewaltiges Bauwerk“ und „Monumentalbau“ in den Urteilen der Zeitge-

nossen ist kennzeichnend für eine Richtung des Synagogenbaus, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zunehmend an Bedeutung gewann. Im Baugeschehen der Zeit hatte die Bamberger Synagoge ihre Vorläufer und Entsprechungen, wie ein Vergleich mit den Bauten in Düsseldorf, Essen, Frankfurt oder Darmstadt zeigt. Ihnen allen gemein ist die Abkehr von der Stilmachung und -überladung des 19. Jahrhunderts und die Suche nach neuen Formen.

Die Frage „in welchem Style sollen wir bauen“, die die Architekturtheoretiker des 19. Jahrhunderts so stark beschäftigt hatte, erwies sich in besonderem Maße auf dem Gebiet des Synagogenbaus von Bedeutung, standen die Juden doch durch die Jahrhunderte immer in einem eigenen, von Ressentiments geprägten Blickwinkel der Bevölkerung. Die Suche nach einem spezifisch jüdischen Baustil, die mit der zunehmenden Emanzipation in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzte, brachte mit den Synagogen im maurischen Stil nicht den gewünschten Erfolg; das Fremdartig-Orientalische, das man den Juden gerne auf Grund ihrer Herkunft zuschrieb, trat an diesen Bauten als trennendes Element in den Vordergrund. Eine zweite große Gruppe von Architekten propagierte den romanischen Stil, der bis zur Jahrhundertwende vor allem für Großstadtsynagogen maßgebend war und in dieser Zeit die maurischen Formen zunehmend verdrängte. Die Bamberger Synagoge von Wilhelm Ney steht in der Folge dieser Entwicklung.

Daneben wurden seit Beginn des 20. Jahrhunderts Stimmen laut, die die erwähnte Erneuerung der Baukunst und damit die Abwendung einer allzu dogmatischen Stilmachung forderten. Eine Gruppe der in der Folgezeit entstandenen Synagogen, zu denen auch die Bamberger gehört, hat ihre Parallelen weniger in einem eigenen, neuen synagonalen Schema als in dieser Suche nach neuen Formen. Ein Zuviel an Dekor als reine Applikation wurde abgelehnt; die Bauten erhielten durch

einen weitgehenden Verzicht auf Schmuck, oft durch profillose Schlitzfenster und rahmenlose Türen eine Betonung als Massekörper, Putz- und Werksteinarchitektur oder roh bossierte Quader, wie bei der Essener Synagoge, förderten den Eindruck von Monumentalität zusätzlich, der auch in der blockartigen Grundform der Bauten impliziert wurde. Die oftmals bewusste Wahl traditioneller, lokaler Baumaterialien rückte diese Synagogen in die Nähe der Heimatschutzbewegung und der Denkmalstendenzen des 19. Jahrhunderts.

Baubeschreibung

Wie bereits erwähnt, hatte die kultische Ausrichtung des Baus nach Osten zur Folge gehabt, dass dieser in die Tiefe des dreieckigen Grundstücks eingepasst werden musste. Daraus ergab sich fast zwangsläufig eine gedrungene rechteckige Grundform des Baus. Die dabei auftretende Asymmetrie des Baus zur Mittelachse ließ sich im Grundriss deutlich erkennen, wurde im Aufriss jedoch durch die Fassadengestaltung weitgehend verschleiert. Der dreijochigen niedrigen Eingangshalle im Westen folgte in der Mittelachse ein längsrechteckiges Vestibül, das als Vorhalle zum nahezu quadratischen Hauptsaal, der großen Synagoge, fungierte. Links vom Vestibül lag die kleinere, über zwei Geschosse reichende Wochentagssynagoge. Sie erschloss sich über einen Vorplatz, der zugleich auch die Treppen zur Frauenempore der Hauptsynagoge aufnahm. Die Raumanordnung seitlich des Vestibüls war zumindest im Erdgeschoss nahezu gleich, wobei auf der rechten Seite die winkelige Vortretung aus der Bauflucht auffällt. Spiegelverkehrt zur kleinen Synagoge befand sich auf dieser Seite ein eingeschossiger Trauungssaal, dessen Raumecken als Rund gebildet waren. Zusätzlich zu dem Treppenaufgang in den Emporenraum der Hauptsynagoge war hier dem Vorplatz noch ein Nebeneingang von draußen vorgelegt. Über dem

Vestibül erhob sich die dem Turm vorgelegte Apsis, der als Raum keine Funktion zukam. Ihre Bedeutung lag vielmehr in der Entsprechung, die sie in der Apsis im Osten der Hauptsynagoge hatte. Dort befand sich im Abschluss der Hauptsynagoge, flankiert von zwei bronzenen Säulen, der Schrein mit der Heiligen Lade. Dahinter schlossen sich, über einige Stufen erhöht, die Beamtenzimmer an.

Entscheidend für die Wirkung der Synagoge als Monumentalbau war jedoch die Gestaltung des Äußeren. Dabei besaßen West- und Ostfassade eine fast gleichrangige Stellung: Lag die Bedeutung der Turmfront im Westen hauptsächlich in ihrer Funktion als Haupteingang der Synagoge, so hatte die Ostfassade die in städtebaulicher Hinsicht wichtige Rolle, einen optischen Abschluss des Wilhelmsplatzes nach Südosten zu bilden. Im Bamberger Oeuvre von Johannes Kronfuß bilden die beiden Bauten der Synagoge und des Warenhauses Tietz einen Höhepunkt. Sie unterscheiden sich deutlich von seinen früheren Werken, die trotz ihrer Anklänge an einen gemäßigten Jugendstil in viel stärkerem Maße dem Historismus verpflichtet waren. Am ehesten ist Kronfuß wohl der Gruppe von Architekten zuzuordnen, von denen Cornelius Gurlitt schrieb, sie seien „formal wohl die alten, in der Stimmung suchten sie sich zu verjüngen“. Beim Bau der Synagoge orientierte sich Kronfuß an den monumentalen Synagogenbauten der Zeit seit 1900 wie beispielsweise Düsseldorf oder Essen; die von ihm gefundene Lösung ist jedoch sowohl in städtebaulicher Hinsicht – als Repräsentationsbau in Korrespondenz zum Ensemble des Wilhelmsplatzes – als auch in rein architektonischer Hinsicht mit zu den gelungensten Lösungen der Zeit zu zählen.

Katja Schatten: Die Bamberger Synagoge an der Herzog-Max-Straße. In: „Frömmigkeit und Kunst in Franken“. Festschrift für Klaus Guth zum 60. Geburtstag hg. von Michael Imhof, Bamberg 1994, S. 95 – 108



Städtebauliche Sanierung und Neuorientierung

einer Gewerbebrache im Weichbild des Weltkulturerbes „Altstadt Bamberg“

Vorwort

Brachflächen in den Innenbereichen der Städte sind die Folgen eines umfassenden wirtschaftlichen Strukturwandels. Die Schließung und Verlegung von Produktionsstätten führte zu Flächenfreisetzungen in unterschiedlichen Lagen. Parallel hierzu hat sich die Flächeninanspruchnahme im Freiraum mit den Folgewirkungen Zersiedlung, Verlust von Flora, Fauna und Erholungsflächen, Reduktion der Wasserversickerung, Verschärfung der Hochwassergefahr und kostspieligen Infrastrukturbereitstellungen verstärkt, so dass aus mehreren

Gründen Maßnahmen zur Eindämmung des Flächenverbrauchs geboten sind.

Um die Innenstädte lebendig zu halten, um Wohnen und Arbeiten möglichst einander zuzuordnen, soll vorrangig vorhandenes Bauland genutzt werden. Leerstände, untergenutzte Räumlichkeiten und städtebauliche Brachen bieten sich daher für ein vielfältiges „Recycling“ an. Darüber hinaus begünstigen steigende Kosten für Ausbau und Pflege der Infrastruktur konzentrierte Standorte statt disperse Siedlungsstrukturen.

Innerhalb der letzten 15 Jahre hat sich das Brachflächenrecycling zu einem Schwerpunkt der Stadterneuerung und der Städtebauförderung in Bayern entwickelt. Die Bewältigung der Umnutzungsprozesse steht hierbei vorrangig in der Zuständigkeit der Gemeinden.

Zur Unterstützung der kommunalen Aktivitäten erfolgt eine differenzierte Förderung im Rahmen einer Anreizförderung, die von der Ideenfindung bis zur Konkretisierung von Entwicklungskonzepten reichen kann.

Um insbesondere Privatinvestitionen in den Recyclingprozess einzubinden, sind positive Anreize notwendig, um das negative Image einer Brachfläche zu überwinden. Anreize für die Wiedernutzung leer gefallener oder untergenutzter Flächen erfolgen auf der Grundlage vorbereitender Untersuchungen nach Maßgabe des BauGB und im Zuge der Erarbeitung städtebaulicher Ziele zur Überwindung der Funktionsverluste unter intensiver Beteiligung von Bürgern und Grundstückseigentümern. Von Gewicht ist auch die Aufwertung des öffentlichen Raumes und des Objektfeldes.

Die Städtebauförderung ist eine Gemeinschaftsinitiative von Staat und Gemeinden.

Stadtplan aus dem Jahr 1802



Stadtplan aus dem Jahr 1868



Einen besonderen Stellenwert genießt die im Folgenden beschriebene Sanierung und Umnutzung einer stadthistorisch wertvollen ehemaligen Nähseidenfabrik.

Städtebauliche Vorgeschichte Erweiterung einer mittelalterlichen Stadt

Die so genannte Inselstadt in Bamberg wird vom linken bzw. rechten Regnitzarm umflossen. Während der linke Regnitzarm bereits ab dem 11. Jahrhundert begradigt und mit den oberen und unteren Mühlen wirtschaftlich genutzt wurde, blieb der Verlauf des rechten Regnitzarmes bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein unregelmäßig.

Mit dem schrittweisen Anlegen des Naturparks „Hain“ Anfang des 19. Jahrhunderts, beginnend mit der Pflanzung einer Allee entlang des linken Regnitzarmes nach Bug – gegenüber der Südspitze der Insel situiert –, der Fertigstellung des Ludwig-Donau-Main-Kanals 1845 und der Begradigung des rechten Regnitzlaufes bis zur Kettenbrücke hin ergaben sich Möglichkeiten, das Gärtnerland im Bamberger Talraum auszuweiten, aber auch völlig neue Perspektiven der Stadtentwicklung.

Mit der Erstellung eines Stadterweiterungsplanes (1867) und der Festlegung von Verlauf und Abmessung von Straßen und Plätzen – wohl nach Vorbild der Münchner Max-Vorstadt – wurde von der Stadt Bamberg die städtebauliche Ordnung in den Grundsätzen bestimmt.

Die Entstehung der neuen Baugebiete entlang der Achsen Willy-Lessing-Straße und Hainstraße war im Wesentlichen von den seinerzeitigen Rahmenbedingungen bestimmt. Die in Bayern schrittweise seit 1813 eingeführte Judenemanzipation und die einhergehende Landflucht bewirkten einen spürbaren Zuwachs der jüdischen Bevölkerung. Begünstigt durch die gründerzeitliche Industrialisierung ergaben sich viele Geschäfts- und Firmengründungen, so dass in der Folge Juden im Bamberger Gesellschafts- und Kulturleben eine bedeutende Rolle einnahmen. Eine jüdische Domäne in Bamberg war der Hopfenhandel mit z.T. eigenen Darren und Lagergebäuden, angesiedelt vor allem im Bereich der älteren südlichen Stadterweiterung (umgrenzt von Willy-Lessing-Straße, Brückenstraße, Promenadestraße und Franz-Ludwig-Straße und auch entlang der Hainstraße).



Dieses Gebiet ist heute noch geprägt von zweigeschossigen Einzel- und Doppelhäusern mit spätklassizistischer Formsprache. Die den Stadtvillen in zweiter Reihe zugehörigen Lagerhallen wurden meist dreigeschossig mit fabrikähnlich schlichter und zweckmäßiger Fassadengestaltung ausgeführt.

Bauliche Vorgeschichte:

auch am Aufbau des Textilgewerbes als Schrittmacher der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts waren die Bamberger Juden stark beteiligt. Die Nähseidenfabrik Kupfer, Hesslein & Co. wurde 1867 als erste Nähseidenfabrik Bayerns gegründet. Inmitten des oben genannten Gebietes entstanden an der heutigen Willy-Lessing-Straße in Kombination von gehobener Wohnnutzung, Handelskontor und Fabrikgebäude ein Doppelhaus sowie hofseitig ein einschließlich eines Mezzaningeschosses dreigeschossiges Fabrikgebäude mit einer überbauten Fläche von 38 x 12 m und westwärts anschließendem Zwischenbau zum winkelförmigen Nebengebäude.

Produziert wurden bis 1967 zunächst Nähseide, dann Schutznetze für Damenfahrräder, aber auch Näh- und Handarbeitsgarne.

Bereits 1963 war das Vorderhaus von den Erben der seinerzeitigen Eigentümerin Frau Leonie Kupfer an die Israelitische Kultusgemeinde Bamberg vermacht worden.

Das neue Konzept

„Es soll etwas Gutes werden“ Regierungspräsident Angerer

Der im Villengebäude seit 1963 untergebrachte Betsaal erwies sich in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts als räumlich unzulänglich. Der erhebliche Zuwachs der jüdischen Gemeinde Bamberg von ehemals 30 Mitgliedern im Jahr 1989 auf nunmehr über 900 Personen bewirkte einen enormen Veränderungsdruck. Zunächst wurde seitens der Kultusgemeinde ein Neubau favorisiert unter Abbruch des Fabrikgebäudes sowie Erhalt des Kellers dieses Gebäudes und der grenzständigen Nebengebäude, für die nach einem **Abbruch** kein neues Baurecht mehr zu erlangen war.

In einem ersten Beratungsgespräch am 12. Dezember 2000 bei der Regierung von Oberfranken wurden als mögliche Problemlösung folgende Alternativen aufgezeigt:

- I Bei vollständiger Sanierung** des Bestandes könnten rund 1/3 der förderfähigen Kosten seitens der Städtebauförderung – unter der Voraussetzung, dass binnen Jahresfrist ein förmlich festgelegtes Sanierungsgebiet vorliegt und sich weitere Zuwendungsgeber beteiligen – gewährt werden.
- I Bei einem weitgehenden Neubau** könnten allenfalls die Kosten für Ordnungs- und Anpassungsmaßnahmen bezuschusst werden.

Die seinerzeit geschätzten Baukosten beliefen sich auf eine Summe zwischen 2,4 Mio. Euro (4,7 Mio. DM) und 2,6 Mio. Euro (5,1 Mio. DM). Als Eigenkapital standen der Kultusgemeinde ca. 256 000 Euro (0,5 Mio. DM) zur Verfügung. Ein weiterer Betrag gleicher Höhe schien finanzierbar.

Bei einem weiteren Vorgespräch mit Ortsbesichtigung am 8. Februar 2001 wurde vereinbart, dass die Kultus-



gemeinde Bauherr ist, die Stadt Bamberg jedoch die Baubetreuung und die Begleitung des Baues für die Kultusgemeinde übernehmen wird.

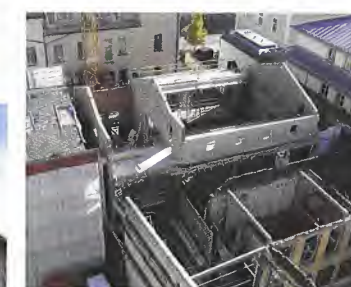
Die Anregung des Vertreters des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, die den Bedarf übersteigende Nutzfläche des Gebäudes von 300 – 500 qm für ein jüdisches Dokumentationszentrum zu nutzen, wurde dankbar aufgenommen, zumal diese Nutzung für das Erreichen des Sanierungszieles – Stärkung der Innenstadt und des Weltkulturerbes, Umnutzung von Brachflächen – hervorragend geeignet war.

Ergebnis der Begehung war, dass das Fabrikationsgebäude durch eindringendes Wasser zwar erhebliche Schä-

den aufwies, die Standsicherheit der wesentlichen Teile noch nicht gefährdet schien. Nach übereinstimmender fachlicher Ansicht wurde das brachliegende Gebäude als sanierungsfähig und sanierungswürdig erachtet.

Seitens der Denkmalpflege bestand mit dem Einbau einer Synagoge unter entsprechender Anpassung eines Teiles der Fassade Einverständnis, wenn im Übrigen die Gestaltung der wesentlichen Gestaltungsmerkmale des Gebäudes gewährleistet ist.

Auf Initiative des Herrn Regierungspräsidenten Angerer fand am 15. März 2001 nochmals ein Ortstermin mit der Bauherrschaft und der Stadt Bamberg statt.





Als maßgebliche Punkte für die Beurteilung der Sanierungswürdigkeit des Vorhabens wurden festgehalten:

1. Baukulturelle Gesichtspunkte, insbesondere die historische Stadtentwicklung im Bereich Willy-Lessing-Straße/Hainstraße.
2. Das Anwesen Willy-Lessing-Straße 7 als Teil der jüdischen Identität präsent durch Gebäude in Innenstadtlage.
3. Fabrik und Stadtvilla/Kontor dokumentieren die Arbeitswelt des 19. Jahrhunderts

Der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Heinrich Olmer überreichte ergänzend ein Memorandum über das angestrebte museumspädagogische Konzept für Oberfranken und betonte die integrierende Wirkung der vorgesehenen Sanierungsmaßnahme vor dem Hintergrund, dass Bamberg bereits vor dem Krieg (seinerzeit mit Rabbinat) die größte oberfränkische jüdische Gemeinde aufwies. Oberbürgermeister Lauer erachtete die breitere Akzeptanz in der Bevölkerung bei einer Erhaltung des ehemaligen Fabrikgebäudes als Positivum. Bereits im Einladungsschreiben des Herrn Regierungspräsidenten zum Finanzierungsgespräch vom 2. April 2001 an die maßgeblichen Zuwendungsgeber, wie Bayerische Landesstiftung, Entschädigungsfonds, Bayerische Sparkassenstiftung, Oberfrankenstiftung, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege und Stadt Bamberg wurde das öffentliche Interesse am Erhalt des Gesamtanwesens als wichtiger Bestandteil der den neueren Stadtgrundriss des Weltkulturerbes prägenden Straßenzüge Willy-Lessing-Straße und Hainstraße verdeutlicht. In der Gesprächsrunde am 3. Mai 2001 unter Vorsitz des Herrn Regierungspräsidenten konnte ein vorläufiger Finanzierungsrahmen konzipiert werden. Mit Schreiben vom 14. Mai 2001 bat der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg Herrn Staatsminister Hans Zehetmair, Zuwendungen sowohl aus dem Förderbereich Entschädigungsfonds als auch

aus dem Kulturfonds zu gewähren. Damit bestünde die Chance, ein in herausgehobener städtebaulicher Situation vorhandenes Baudenkmal, dessen Baugeschichte mit den Ereignissen der Judenverfolgung im Dritten Reich eng verflochten ist, für die Nachwelt zu bewahren und eine Gedenk- und Fortbildungsstätte mit museumspädagogischer Betreuung einzurichten. Gerade auf heranwachsende Jugendliche ergäbe der kulturelle Kristallisationspunkt positive Auswirkungen. Erfreulicherweise ergab die Prüfung der Fördermöglichkeiten im Bereich Denkmalpflege durch den Herrn Staatsminister, dass neben Mitteln des Entschädigungsfonds im Förderbereich Kulturfonds eine Anfinanzierung bereits im Jahr 2002 mit Abfinanzierung in den Folgejahren bis zu einem Betrag von 800 000,- DM (409 000,- Euro) möglich erschien.

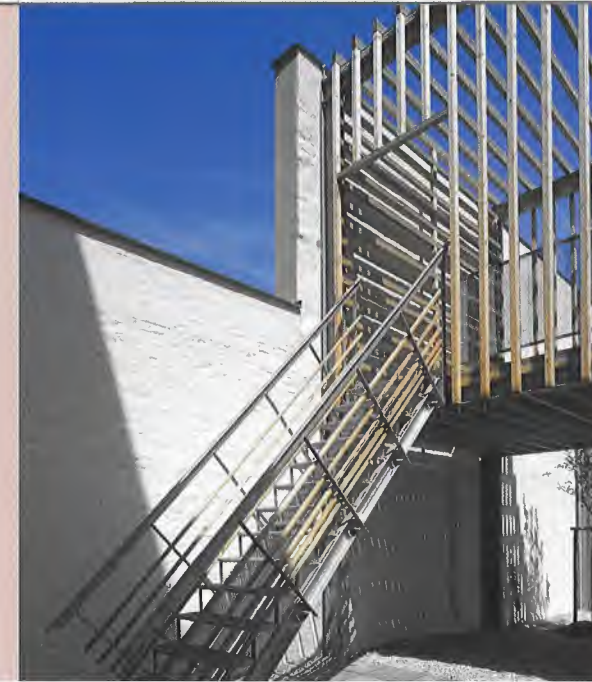
Bestandssicherung und Sanierungsbeginn

Abbrechen hat seine Zeit

Bauen hat seine Zeit

Alles fein zu seiner Zeit Prediger 3; 3,11

Die vom Bamberger Architekten Jürgen Rebhan ausgearbeiteten und mit der Regierung von Oberfranken abgestimmten Planungen fanden im Oktober 2001 seitens des Stadtrates einhellige Zustimmung. Der am 27. Juni 2002 zwischen der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg und der Stadt Bamberg vereinbarte Geschäftsbesorgungsvertrag enthält die Beauftragung der Stadt Bamberg zur federführenden Durchführung des Projekts und die von der Stadt zu erbringenden Leistungen, Vergaben, Überwachung und Rechnungslegung. Mit Bewilligungsbescheid vom 30. Juli 2002 wurden bei Gesamtkosten von 2 709 372 Euro zuschussfähige Kosten von 767 000 Euro (460 200 Euro Zuwendungen aus dem Bund-/Länder-Städtebauförderungsprogramm) bei folgendem vorläufigen Finanzierungsplan festgelegt:



307 000 €	Oberfrankenstiftung
100 000 €	Bayerische Landesstiftung
12 500 €	Sparkassenstiftung Bamberg
25 000 €	Bayerische Sparkassenstiftung
409 000 €	Kulturfonds Bayern
204 500 €	Entschädigungsfonds
577 572 €	Stadt Bamberg StBauF- u. weitere Mittel
511 300 €	Eigenanteil Israelitische Kultusgemeinde
102 300 €	Spenden
460 200 €	Anteil Bund-Länder StBauF-Programm

2.709 372 € Gesamtbaukosten

Nach Durchführung der Notsicherungsmaßnahmen im Herbst 2002 konnte dann am 28. April 2003 mit dem Bau begonnen werden.

Die neue Synagoge mit Gemeindezentrum besteht aus dem im Obergeschoss leicht aus der Gebäudehülle heraustretendem Synagogenraum, dem Mehrzweckraum mit mobiler Bühne, Büros und sanitären Anlagen im Erdgeschoss, dem rituellen Tauchbad unter dem Keller gewölbe und einer im angrenzenden Garten situierten Laubhütte.

Die feierliche Weihe vollzog sich am 1. Juni 2005 im Beisein von Herrn Staatsminister Siegfried Schneider, hoher Vertreter des Zentralrates der Juden in Deutschland, des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern und der christlichen Geistlichkeit sowie des öffentlichen Lebens.

Städtebaulicher Zugewinn

Das Anwesen Willy-Lessing-Straße 7 ist von stadthistorischer Bedeutung, die an vorhandener Substanz noch gut ablesbar ist. Die ehemalige Seidenfabrik ist daher in besonderer Weise geeignet, kulturell und städtebaulich Relevantes zu dokumentieren.

Zusammen mit der jüngst auf der Grundlage vorberei-

tender Untersuchungen fertig gestellten völligen Neugestaltung der Nördlichen Promenade als künstlerisch gestalteter Ruhe- und Spielbereich für Kinder und Erwachsene mit reliefartiger Darstellung der Flusslandschaft ergibt sich ein beträchtlicher Zugewinn für die Stadt Bamberg.

Die Städtebauförderung hat sich wieder einmal als geeignetes Instrument zur Förderung der nachhaltigen, zukunftsverträglichen Innenentwicklung der Städte, der Nutzungsmischung, der Verdichtung etc. erwiesen. Neben dieser städtebaulichen Bedeutung hat sich die Städtebauförderung auch als wirksames wirtschafts- und beschäftigungspolitisches Instrument bewährt.

Ausblick

Bamberg ist seit 1993 in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. Ausschlaggebende Gründe hierfür waren die Bamberger Stadtstruktur, die Architektur des Mittelalters und der Renaissance mit starker Ausstrahlung auf städtische Formen sowie Entwicklungen in den Ländern Zentraleuropas und eine Vielzahl erhaltener herausragender kirchlicher wie weltlicher Gebäude.

Die mit der hohen Auszeichnung einhergehende Verpflichtung zum Erhalt und zur Pflege des historischen Zentrums Bamberg und das bisherige beispielhafte Engagement der Stadt Bamberg und seiner Bürgerschaft in der städtebaulichen Sanierung waren für Herrn Staatsminister Dr. Beckstein Anlass genug, Bamberg weiterhin eine Priorität bei der Verteilung von Mitteln der Städtebauförderung zuzuweisen.

Zur Bewältigung der hohen kulturellen und stadtstrukturellen Aufgaben haben der Freistaat Bayern und der Bund in der Städtebauförderung bislang Mittel in Höhe von rund 50 Millionen Euro bereitgestellt.

Dietmar Wegner



Planungsgeschichte und Entwurfskonzept

Frühere Bamberger Synagogen

Die Geschichte der jüdischen Besiedelung Bambergs ist nahezu so alt wie Bamberg selbst. Bereits im Jahre 1007 wurden jüdische Mitbürger erstmalig urkundlich erwähnt. Nachgewiesen sind entsprechende Gebäude seit dem 13. Jahrhundert. Als erster „Judenhof“ ist das Areal zwischen Schranne und Pfahlplätzchen dokumentiert. Dem Standort der 1. Synagoge entspricht die jetzige Marienkapelle, wobei von der einstigen Synagoge höchstwahrscheinlich nur noch die Grundmauern existieren.

Anfang des 15. Jahrhunderts wurde die jüdische Bevölkerung durch den damaligen Fürstbischof aus ihrem Gebiet vertrieben. Nach einigen Jahren durfte sie sich im Bereich der heutigen Hellerstraße wieder ansiedeln. Hier war wohl der Standort der 2. Synagoge, wie durch die aktuelle Ausgrabung des historischen Mikwe-Bades im Anwesen Hellerstraße 13 bestätigt. Mehr als 200 Jahre war hier das Zentrum jüdischen Lebens.

Mitte des 17. Jahrhunderts erfolgte die Niederlassung im Gebiet jetzige Generalsgasse. Man darf vermuten, dass die dort errichtete 3. Synagoge, ebenso wie vorherige in der Hellerstraße, keine besondere Architektur oder Bauausführung innehatte. Erst wiederum ca. 200 Jahre später, 1852, erfolgte ein maßgeblicher Umbau bzw. eine umfassende Erweiterung, so dass damit vom 4. Synagogenbau gesprochen werden kann. Diese Synagoge beinhaltete bereits Elemente eines Gemeindezentrums und wurde erstmalig im repräsentativen, neoromanischen Baustil ausgeführt. Diese Synagoge und Gemeindezentrum wurde dann bis zum Jahr 1910 genutzt. 1984 erfolgte im Zuge des „Theatergassen“-Projektes der heute nicht mehr nachvollziehbare Abriss dieses schönen Gebäudes.

Mit dem erstmalig im 19. Jahrhundert aufblühenden jüdischen Bürgertum und dem damit einher gehenden Wohlstand wuchs die Bamberger Gemeinde auf über

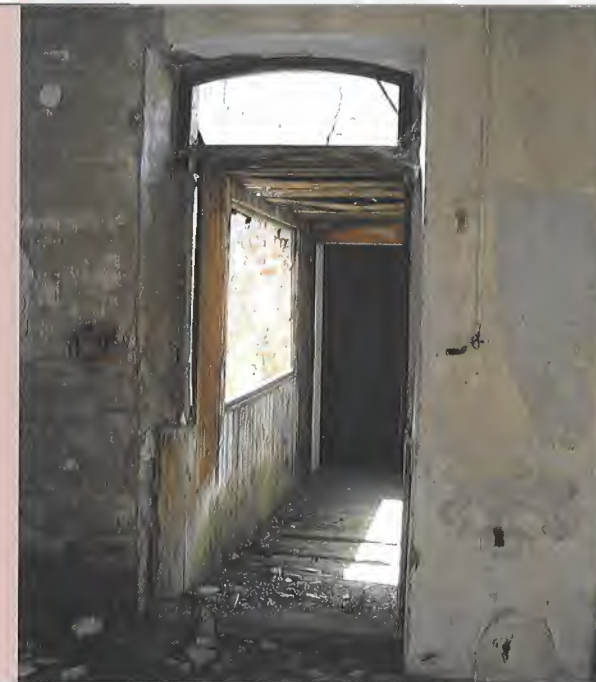
1100 Mitglieder an. Diese Entwicklung erforderte ein neues Gotteshaus. Der damals bekannte Architekt Johannes Kronfuß wurde mit dessen Planung beauftragt. Im Jahre 1910 wurde das eindrucksvolle Gebäude als 5. Bamberger Synagoge am heutigen Synagogenplatz eingeweiht. Der schönsten und größten Bamberger Synagoge war jedoch nur ein kurzes Leben beschieden. Nach Machtübernahme durch die Nazis wurde die Synagoge am 9. November 1938 von diesen angezündet, brannte jedoch aufgrund ihrer sehr massiven Bauweise nur wenig und wurde deshalb später gesprengt.

Nach Holocaust und 2. Weltkrieg etablierte sich nur sehr langsam wieder jüdisches Leben. Die Gemeindegliederzahl, die Anfang der 50er Jahre noch 200 Personen betrug, dezimierte sich bis in die 80er Jahre auf 30. Von den Hinterbliebenen der Frau Leonie Kupfer erhielt die kleine Gemeinde das Grundstück Willy-Lessing-Straße 7, bebaut mit Vorder- und Rückgebäude, zum Erbe. 1964 richtete die Gemeinde hier eine kleine Synagoge, nun die sechste, für 40 – 50 Besucher ein.

25 Jahre später folgte die Öffnung der Grenzen und damit der Zustrom früherer jüdischer Bürger aus der ehemaligen Sowjetunion. Diese katapultierten die Mitgliedszahlen innerhalb eines Jahrzehnts von 30 auf 900 und initiierten damit die Suche der Gemeinde nach einem neuen, angemessenen Gotteshaus und Gemeindezentrum.

Die frühere Nähseidenfabrik Kupfer, Hesslein & Co.

Die Nähseidenfabrik Kupfer, Hesslein & Co. wurde 1864 in der Willy-Lessing-Straße von den gleichnamigen jüdischen Kaufleuten als rückwärtiger Teil des Gebäudeensembles aus der historisch typischen Vorder- und Hinterhausbebauung errichtet. Im Vordergebäude waren Kontor und Wohnräume untergebracht, im Rückgebäude Fabrikation. Das Fabrikgebäude war bis 1967 in Nutzung, dann über 30 Jahren leerstehend. Beide



Gebäude sind als Einzeldenkmäler in die Denkmalliste eingetragen. Das Gebäude wurde als reiner Nutzbau errichtet, repräsentative Architekturformen, wie z.B. bei dem alten Kaliko-Gebäude oder auch E-Werk, sind nicht vorhanden. Der Bau ist in seiner Struktur unterteilt in Vordergebäude, Lichthof und Rückgebäude. Letzteres ist L-förmig am Anwesen Promenade 6 angebaut und wurde, wie sich während der Bauzeit herausstellte, um die Jahrhundertwende nicht erbaut, sondern von diesem Nachbarn erworben. Obwohl reiner Zweckbau, besitzt das Gebäude über den Wert seiner städtebautypischen historischen Struktur hinaus noch einen schönen Gewölbekeller und wohl eine der ersten Stahlbetontreppen Bambergs. Insgesamt war die Gebäudesubstanz aufgrund des langen Leerstandes, der aufgetretenen Schäden und der teilweise nicht besonders soliden Bauweise als „grenzwertig“ zu bezeichnen. Dem Besucher boten sich Bilder, wie sie zumeist von entsprechenden Gebäuden im Osten Deutschlands bekannt waren.



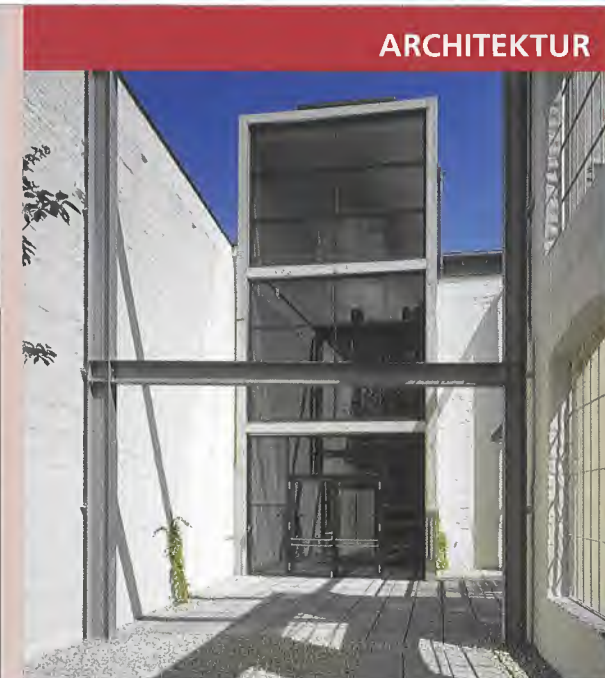
Vorplanung

Unser Büro wurde im Frühjahr 1996 mit ersten Planungen beauftragt. Zu diesem Zeitpunkt sollte die neue Synagoge in Form eines großen Multifunktionsraumes mit ca. 500 m² innerhalb einer Geschäftspassage zwischen Promenade und Brückenstraße integriert werden. Aufgrund investorentseitiger Probleme und unsicherer Entwicklungsprognosen wurde dieses Projekt wieder aufgegeben. Auch andere Lösungen, etwa die Integration in ein an Stelle der Nähseidenfabrik zu errichtendes Seniorenwohnheim, scheiterten. Schließlich setzte sich in der israelitischen Gemeinde die Auffassung durch, dass ein angemessenes Gemeindezentrum mit Synagoge nur in alleiniger Verantwortung errichtet werden konnte. Eine Nutzung der alten Nähseidenfabrik, durch Sanierung und Umbau derselben, konnte sich zunächst niemand innerhalb der Gemeinde vorstellen, nicht zuletzt natürlich wegen des desolaten Zustandes des Gebäudes. Zwischen Ende 1999 und 2001 wurden durch unser Büro mehrere Vorentwürfe ausgearbeitet und eingehend mit dem Bauherrn hinsichtlich technischer und finanzieller Machbarkeit diskutiert, auch unter Einbeziehung der Behörden. Am Ende dieses Prozesses war klar, dass eine finanzierbare Lösung, die auch den räumlichen Anforderungen des Bauherrn gerecht werden konnte, nur durch Umnutzung und Sanierung der alten Nähseidenfabrik Kupfer, Hesslein & Co. erreicht werden konnte. Diese Lösung wurde auch durch die Vertreter der Denkmalpflege befürwortet.

Im nächsten Schritt wurden seitens des Bauherrn, vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Heinrich Olmer, die Stadt Bamberg sowie die Regierung von Oberfranken einbezogen. Sowohl Herr Oberbürgermeister Herbert Lauer, wie auch Herr Regierungspräsident Angerer engagierten sich sehr stark sowohl bei der Finanzierung, als auch bei der Arbeit innerhalb des neu gegründeten



Kuratoriums zur Errichtung von Synagoge und Gemeindezentrum. Bei einem gemeinsamen Termin aller Beteiligten am 8. Februar 2001 wurden schließlich Planung und Finanzierung beschlossen. Im September 2002 wurde der Bauantrag gestellt, dieser wurde vom Stadtrat einstimmig genehmigt, die Baugenehmigung daraufhin im Februar 2003 erteilt. Im April 2003 erfolgte der Baubeginn, am 9. November 2003 die Grundsteinlegung. Die Bauarbeiten wurden zur Jahreswende 2004/2005 abgeschlossen, ab Februar 2005 erfolgte der Umzug der Gemeindeverwaltung in die neuen Räume. Am 1. Juni 2005 erfolgte unter großer Anteilnahme von Persönlichkeiten aus Politik und öffentlichem Leben die Einweihung der 7. Bamberger Synagoge und des Gemeindezentrums. Während der Planungs- und Bauphase wurde der Bauherr durch das Baureferat der Stadt Bamberg vertreten, vor allem in der finanziellen und förderrechtlichen Abwicklung.



Entwurfskonzept

Unter weitgehender Nutzung der vorhandenen Bausubstanz wurden folgende Funktionen untergebracht:

- Synagoge
- Gemeindesaal mit Nebenräumen
- Verwaltungsbereich mit Nebenräumen
- traditionelle Mikwe (rituelles Tauchbad)
- in Festlichkeiten einzubeziehender Gartenbereich mit Sukka (Laubhütte)

Der besonderen städtebaulichen Situation wurde durch weitgehenden Erhalt der vorhandenen Gebäudestruktur Rechnung getragen. Die Gebäudehülle wurde in ihren bauzeitlichen Zustand zurückgebaut, die südliche Grenzbebauung wieder hergestellt. Neue Bauteile, die nach außen hin nur im Bereich der Synagoge und des neuen Eingangs sichtbar werden, grenzen sich durch

eine moderne, zeitgenössische Formsprache soweit wie denkmalpflegerisch vertretbar zu den vorhandenen Gebäudeteilen ab. Dem städtebaulichen Rahmenplan wird durch die Möglichkeit einer Passage im Norden des Grundstückes Rechnung getragen, so dass eine fußläufige Verbindung zwischen der Promenade/ZOB sowie der Willy-Lessing-Straße zukünftig möglich wäre. Die dreiteilige historische Gebäudestruktur des Industriedenkmales Nähseidenfabrik, Vordergebäude, Lichthof, Rückgebäude wurde erhalten und neuen Funktionen zugeführt.

Aufgrund starker struktureller Gebäudeschädigungen im südlichen Gebäudeteil wurde dieser bis auf die südöstliche Außenwand und den Gewölbekeller zurückgebaut und in Stahlbetonbauweise neu errichtet.

Die neue Synagoge ist als Zeichen der wieder erstarkten jüdischen Gemeinde durch die Durchdringung der bestehenden Gebäudehülle partiell im Obergeschoss





ablesbar. Die Innenarchitektur der Synagoge ist bestimmt durch die versuchte architektonische Neuinterpretation der historisch-liturgischen Funktionen des Gotteshauses. Konträr zur modernen Architektursprache wurde als historisches Zitat das wieder aufgefundene Hauptportal der 4. ehemaligen Synagoge aus der Generalsgasse als Zugang der Synagoge in die Neubauteile integriert.

Der ehemalige überdachte Lichthof zwischen Hauptgebäude und Anbau im Westen dient als Belichtungszone und Klimapuffer für Synagoge und Veranstaltungssaal sowie als Wasserreservoir für das rituelle Mikwebad im Gewölbekeller. Das an diesen Lichthof angrenzende Rückgebäude wurde entkernt und ein weitgehend leerer Innenhof geschaffen. Zwischen Haupt- und Rückgebäude wurden im Erd- und Obergeschoss Stege und Treppen angeordnet, die ein direktes Hinaustreten und Einbeziehung des Innenhofes bei Festlichkeiten erlauben. Dieser erhielt in der früheren Decken- bzw. Dachebene in Teilbereichen eine leichte Stahlkonstruktion und wird als Gartenhof genutzt. Weiterhin wurde in diese Stahlkonstruktion eine „Sukka“, d.h. eine Laubhütte integriert.

Der sich in gutem Zustand befindende Gewölbekeller wurde erhalten und wird für Technikräume sowie für die Mikwe genutzt. Verwaltungstrakt sowie Nebenräume wurden im verbleibenden Teil des Altbaues im EG untergebracht. Hier befindet sich auch der Gemeindefestsaal, der sich zum Innenhof öffnet und funktional zur Eingangshalle durch eine flexible Trennwand vergrößert werden kann.

In Teilbereichen des 1. und 2. Obergeschosses erfolgte vorläufig nur ein Teilausbau. Hier ist seitens des Bauherrn an eine spätere pädagogisch-museale Nutzung gedacht.

Die zur Ausführung gelangten Materialien sind zum einen von bereits vorhandenen abgeleitet, z.B. Kalksteinplatten und Kupferverblechungen, neue Materialien nehmen Bezug auf die frühere industrielle Nutzung,

z.B. der weite Gebäudeteile bestimmende Sichtbeton oder diverse Stahlkonstruktionen. Gleichzeitig wurde jedoch versucht, der Sakralnutzung entsprechend nur wertige und würdige Materialien einzusetzen, etwa das im Kontrast zum Sichtbeton stehende, warme Akzente setzende Lärchenholz.

Unsere Arbeit war getragen vom Versuch, ein altes Industriequartier unter Erkennbarkeit der früheren Gebäudestruktur mit neuem Leben zu erfüllen. Diese Revitalisierung durch die seltene Integration eines Sakralbaues zu erreichen, war unser Ansporn. Wir hoffen, dass diese Herausforderung zum großen Teil gelungen ist, und wünschen der alten und doch wieder jungen jüdischen Gemeinde Bamberg viel Freude mit ihrer neuen Heimstatt und eine hoffnungsvolle Zukunft.

Jürgen Rebhan



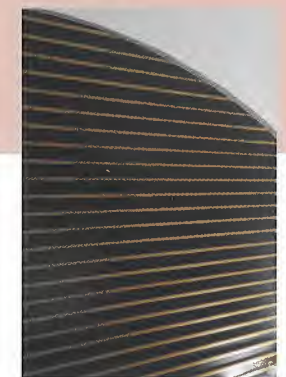


Autorinnen und Autoren

- Dr. Karin Dengler-Schreiber** geb. 1947
Heimatspflegerin
- Heinrich C. Olmer** geb. 1949
Diplomkaufmann
seit 1989 1. Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg
- Jürgen Rebhan** geb. 1958
Architekt Dipl.-Ing. FH
seit 1988 selbstständiger Architekt in Bamberg
- Katja Schatten** MA Universität Bamberg
Kunsthistorikerin
- Dietmar Wegner** geb. 1942
Baudirektor, Architekt
Regierung von Oberfranken
Referent im Sachgebiet Städtebau, Bauplanung und Bauordnung



Impressum



- Herausgeber:** Stadt Bamberg
Hochbauamt
Stadtplanungsamt
Untere Sandstraße 34
96047 Bamberg
Germany
hochbauamt@stadt.bamberg.de
stadtplanungsamt@stadt.bamberg.de
www.bamberg.de/stadtplanungsamt
- Redaktion:** Albert Gößwein, Jürgen Rebhan
- Grafik:** Ines Müller, creo Druck & Medienservice GmbH, Bamberg
- Druck:** creo Druck & Medienservice GmbH, Bamberg
- Auflage:** 1500 Exemplare
August 2005
- Abbildungen:** Stadt Bamberg, Stadtplanungsamt: Seite 1, 7, 15, 18, 22 bis 25
Stadt Bamberg, Hauptamt: Seite 3
Stadt Bamberg, Baureferat: Seite 4
Gerhard Hagen: Seite 1, 27 bis 36
Jürgen Rebhan: Seite 25, 28, 29
Staatsbibliothek Bamberg: Seite 24
Dietmar Wegner: Seite 26, 36



„Altes bewahren und Neues schaffen!“

Heinrich C. Olmer

